



Konrad
Adenauer
Stiftung

DDR: MYTHOS UND WIRKLICHKEIT

WIE DIE SED DEN ALLTAG DER BÜRGER BESTIMMTE

DIDAKTISCHE BEGLEITUNG ZUR
GLEICHNAMIGEN AUSSTELLUNG

HANDREICHUNG ZUR POLITISCHEN BILDUNG
BAND 6

Ulrich Bongertmann



ISBN 978-3-941904-96-5



Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch
elektronische Systeme.

© 2011, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

Umschlagfoto: Jürgen Hohmuth, Gedenkstätte Berliner Mauer.
Druck: Druckerei Franz Paffenholz GmbH, Bornheim.
Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.
Printed in Germany.
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-942775-12-0

INHALT

5 | VORWORT

7 | EINFÜHRUNG

8 | DIDAKTISCHE UND METHODISCHE HINWEISE ZUR NUTZUNG
DER AUSSTELLUNG IM UNTERRICHT

11 | I. DER DDR-STAAT – EINE SOZIALISTISCHE DIKTATUR

► Roll-Up Nr. 2-4

Mythos: „Die DDR war ein demokratischer Rechtsstaat“ 13
Mythos: „Die Stasi war ein ganz normaler Geheimdienst“ 15

17 | II. DAS VOLK DER DDR – EINGEMAUERT UND ÜBERWACHT

► Roll-Up Nr. 5-8

Mythos: „In der DDR gab es genug Wohnungen, Lebensmittel, Autos...“ 19
Mythos: „Die DDR-Bürger wollten nicht ins westliche Ausland reisen“ 21
Mythos: „Die DDR war eine saubere Sportmacht“ 23

25 | III. WIRTSCHAFT UND UMWELT IN DER DDR

► Roll-Up Nr. 9-12

Mythos: „Die DDR war eine Wirtschaftsmacht“ 27
Mythos: „Planwirtschaft und Sozialismus ermöglichten einen hohen
Lebensstandard“ 29
Mythos: „Die DDR trat für den Umweltschutz ein“ 31

33 | IV. SCHULE UND AUSBILDUNG IN DER DDR

► Roll-Up Nr. 13-16

Mythos: „Im DDR-Schulsystem hatten alle gleiche Chancen“ 35
Mythos: „In der DDR konnte man das Studienfach frei wählen“ 37
Mythos: „Die Wehrpflicht in der NVA diente allein der Ausbildung
von Soldaten“ 39

41 | VI. JUGEND UND KULTUR IN DER DDR

► Roll-Up Nr. 17-19

Mythos: „Der Staat nahm kaum Einfluss auf die Freizeit-Gestaltung
Jugendlicher“ 43
Mythos: „Die kreative Entfaltung wurde nicht behindert“ 45

46 | DER AUTOR

46 | ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

VORWORT

Vierzig Jahre, von 1949 bis 1989, war die Diktatur der SED verantwortlich für die Unterdrückung von DDR-Bürgern. Weit über eintausend Menschen starben bei dem Versuch, die innerdeutsche Grenze, die Mauer und den Stacheldraht, zu überwinden und in die Freiheit zu fliehen. 1989, im Jahr der Friedlichen Revolution, waren rund 91000 hauptamtliche Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (Stasi) mit der Bespitzelung der Menschen beschäftigt. Zeitweise versorgten fast 200000 „IM“ (Inoffizielle Mitarbeiter) die Stasi mit Informationen über Partner, Freunde, Nachbarn, Mitarbeiter im Betrieb oder im Büro. Zu den Aufgaben der Stasi zählte aber nicht allein die geheime Beobachtung ihrer Opfer, etwa durch das Abhören von Wohnungen. Sie versuchte vielmehr den Willen der Menschen durch die Verbreitung von Lügen im Umfeld ihrer „Zielpersonen“, durch Drohungen und permanente Kontrolle gezielt zu „zersetzen“, wie es in der trockenen Sprache der Funktionäre hieß. Angst und Zwang sollten Oppositionelle – oder auch nur als potentielle Gegner des „demokratischen Sozialismus“ geltende Personen – gefügig machen. Entlassungen und Studienverbote wurden veranlasst, sogar Ehepartner manipuliert und zur Beobachtung erpresst. Viele Opfer dieser systematischen Zerstörung ihres Lebens leiden noch heute an den Folgen.

Über zwanzig Jahre nach der Friedlichen Revolution 1989 und der Wiedervereinigung Deutschlands 1990 verblassen die Erinnerungen an den Charakter und die für viele Opfer gravierenden Folgen der SED-Diktatur. Gegen das Vergessen müssen wir in Deutschland gemeinsam arbeiten, und das bedeutet vor allem, die jungen Menschen für diesen wesentlichen Teil der deutschen Geschichte zu interessieren und über die SED-Herrschaft aufzuklären. Die Konrad-Adenauer-Stiftung organisiert Lesungen, Tagungen, Vorträge, Seminare, Filmvorführungen, Schulveranstaltungen u.a., um das Wissen über die SED-Diktatur lebendig zu halten. Dabei geht es nicht zuletzt darum, dass sich Ost- und Westdeutsche mit den Überlieferungen in den Familien auseinandersetzen und die Generationen ins Gespräch kommen.

Um das Interesse und das Wissen junger Menschen in zeitgemäßer Weise zu fördern, ihnen grundlegende und weiterführende Informationen anzubieten, betreibt die Konrad-Adenauer-Stiftung das Wissensportal *www.ddr-mythen.de* im Internet. Hier präsentieren wir nach Themen geordnete Sachinformationen zur Diktatur der SED und zum Alltag in der DDR. Schülerinnen und Schüler können ihr Wissen zudem anhand eines Quiz testen, außerdem finden Sie dort in einer eigenen Rubrik weiteres Material zur Behandlung des Themas im Unterricht.

In Anlehnung an das Internetportal erstellte das Bildungswerk Hannover der Konrad-Adenauer-Stiftung eine Wanderausstellung „DDR: Mythos und Wirklichkeit. Wie die SED-Diktatur den Alltag der DDR-Bürger bestimmte“, die für eine Präsentation an Schulen konzipiert wurde. Mit dieser Ausstellung, die zahlreiche Schulen in Verbindung mit einem Zeitzeugengespräch bereits gezeigt haben, erleichtern wir den Einstieg in das Thema für Schüler und Lehrer. Sie soll zur Auseinandersetzung mit dem Thema anregen. Dabei beschränkt sie sich auf Aspekte und Fakten, die im Zuge der Beschäftigung mit dem Thema für Schüler wesentlich sind. Die Ausstellung kann und soll kein allumfassendes Bild vom Alltag in der DDR bieten.

Diese in Kooperation mit dem Verband der Geschichtslehrer Deutschlands e.V. erstellte Handreichung ist als Hilfestellung für Lehrerinnen und Lehrer für den Einsatz der Ausstellung im Unterricht gedacht. Ulrich Bongertmann, Landesfachreferent in Mecklenburg-Vorpommern und Studienleiter für Geschichte in Rostock, stellte die Lernziele und Arbeitsaufträge mit Rücksicht auf die verschiedenen Schulformen und den unterschiedlichen Wissensstand von Schülern zusammen. Unter www.ddr-mythen.de finden Sie dieses Angebot ebenfalls, ergänzt durch weiterführende Links zu den einzelnen Aspekten der Kapitel unserer Ausstellung.

Wir laden Sie ein, dieses Angebot zu nutzen und stehen Ihnen für Fragen oder Anregungen gerne zur Verfügung.

Wesseling / Hannover, im April 2011

Dr. Melanie Piepenschneider
Leiterin Politische Bildung der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Dr. Klaus Jochen Arnold
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
Bildungswerk Hannover

EINFÜHRUNG

WANDERAUSSTELLUNG

DDR: MYTHOS UND WIRKLICHKEIT

WIE DIE SED-DIKTATUR DEN ALLTAG DER DDR-BÜRGER BESTIMMTE

Ulrich Bongertmann

Die Ausstellung „DDR: Mythos und Wirklichkeit“ wendet sich vorwiegend an Schülerinnen und Schüler und somit an Jugendliche, die die DDR nicht mehr aus eigener Erfahrung kennen. Für sie ist der untergegangene zweite deutsche Staat „nur noch“ Geschichte. Davon haben sie bisher vielleicht etwas aus Erzählungen ihrer Eltern und Verwandten, aus Nachrichten und historischen Berichten in den Medien oder schon aus einigen Unterrichtsstunden in der Schule wahrgenommen. Verschiedene Untersuchungen haben allerdings belegt, dass das Wissen über den SED-Staat bei vielen Jugendlichen oft recht schwach ausgeprägt ist, selbst in Ostdeutschland. Teilweise verfügen sie zwar bereits über einige Kenntnisse, teilweise halten sich aber auch Fehleinschätzungen und langlebige Irrtümer, die die nachfolgende Generation übernimmt. Für die Einstellung zur Demokratie und zum parlamentarischen System, für die Einschätzung der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland können sich daraus erhebliche negative Folgen ergeben. Zur Stärkung des demokratischen Bewusstseins ist es deshalb wesentlich, dass die jungen Menschen über die Geschichte und das Herrschaftssystem der sozialistischen Diktatur auf deutschem Boden, über die Lebens- und Entfaltungsmöglichkeiten der Menschen in dieser Zeit Bescheid wissen.

Die DDR gehört zu den umstrittenen Themen der Zeitgeschichte, nicht nur unter Fachwissenschaftlern, sondern gerade unter den vielen Zeitzeugen, die als ehemalige Bürgerinnen und Bürger mit diesem Staat ihre Biographie verbinden oder als gebürtige „Wessis“ einige wichtige Erinnerungen an Besuche in der DDR, Grenzkontrollen u.a. mit sich tragen. Während in offiziellen Erinnerungen und Gedenkstätten zu Recht häufig der diktatorische Charakter der DDR unterstrichen wird, sind die privaten Erinnerungen vielfach ganz anders. Dort mischen sich viele positive wie negative Facetten zu einem recht bunten Bild. Aus verständlichen Gründen wehren sich auch viele gegen eine pauschale Abwertung ihres früheren Lebens. Unter den Heranwachsenden der nächsten Generation entsteht so ein widersprüchliches Bild, das Ansätze bietet, um Vereinfachungen und Legenden aufzusitzen. Es gibt überdies politisch motivierte Kreise, die immer noch an einem verfälschten DDR-Bild festhalten wollen.

Auffälligerweise gibt es einige Behauptungen, die aufgrund ihrer Verbreitung oder Hartnäckigkeit bereits den Rang historischer Mythen anzunehmen drohen. Sie können aber ein ergiebiger didaktischer Zugang werden, um in der Auseinandersetzung mit diesen historischen Mythen ein kritisches und aufgeklärtes Verständnis zum Sachverhalt zu gewinnen. In der deutschen Geschichte haben historische Mythen eine verhängnisvolle Rolle gespielt: Dies gilt für viele antisemitische Behauptungen ebenso wie z.B. für die Dolchstoßlegende am Anfang der Weimarer Republik.

Für die schulische und außerschulische politische Bildung in der Bundesrepublik Deutschland ist es daher von großer Bedeutung, Mythen über die DDR durch gezielte Information entgegenzutreten. Nur so können Irrtümer und Legenden zurückgewiesen werden.

DIDAKTISCHE UND METHODISCHE HINWEISE ZUR NUTZUNG DER AUSSTELLUNG IM UNTERRICHT

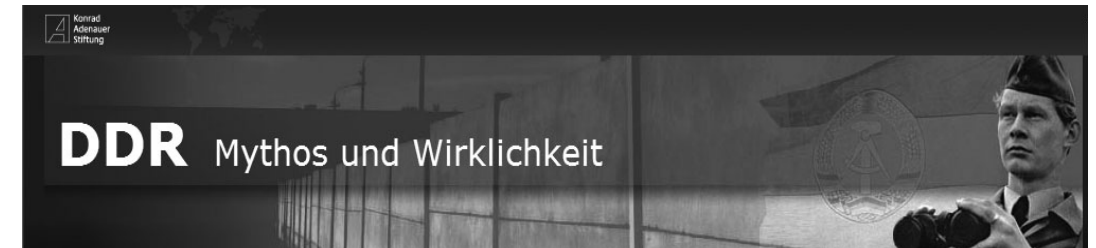
Für den didaktischen Aufbau der Ausstellung erweist es sich als günstig, vor der Befassung mit verbreiteten historischen Mythen zunächst solide Grundinformationen für ausgesuchte Themen zu geben. Diese sind nach ihrer Relevanz für das Verständnis des Gesellschaftssystems und nach den besonderen Interessen von jungen Menschen zusammengestellt worden.

Die Kapitel sind, wenn Grundkenntnisse über die DDR (vgl. Kapitel I) gegeben sind, relativ unabhängig voneinander zu bearbeiten. Auch für die nummerierten Aufsteller ist keine feste Reihenfolge zwingend geboten. Dies begünstigt z.B. den Einsatz in einem Projekt mit Stationsarbeit zu selbst gewählten Schwerpunkten. Teilweise sind deshalb auch Aussagen doppelt gemacht worden, da nicht jeder Betrachter alle Aufsteller der Ausstellung lesen wird.

Für jeden Aufsteller bieten wir erstens Hinweise zu den möglichen Lernzielen, die mit den Materialien erreicht werden können. An Anfang steht das Grobziel, darauf folgen mehrere Feinziele, die zusammen den Lernerfolg sicherstellen. Unter ihnen kann eine alters- und schulformbezogene Auswahl getroffen werden. Die Lernziele decken ein breites Spektrum historischer Kompetenzen ab: Lesekompetenz, historische Deutungskompetenz für Text- und Bildquellen, Urteilskompetenz.

Zweitens sind zu jedem Aufsteller schülerorientierte Arbeitsaufträge formuliert worden. Ein Aufsteller beinhaltet stets Bild- und Textelemente, teilweise in vereinfachter und kontrastiver Tabellenform. Die einzelnen Elemente können meist in selbst zu wählender Abfolge erarbeitet werden. Kurze Überschriften erleichtern die Orientierung im fortlaufenden Lesetext. Bilder ziehen in der Regel die Aufmerksamkeit stärker auf sich, daher können sie besonders günstig Unterrichtseinstiege z.B. mit der gesamten Lerngruppe unterstützen. Grundsätzlich sind alle Aufsteller geeignet, um sie im Plenum, in Gruppen und in Einzelarbeit zu bearbeiten. Die Arbeitsaufträge sind teils im Singular, teils im Plural formuliert, letzteres vor allem, wenn es um Aktivitäten wie Diskussionen geht, die nur in Gruppen absolviert werden können. Einige kreative Aufgaben sollten auch einen handlungsorientierten Unterricht ermöglichen.

Zur Stufung der Schülerarbeit nach Alters- und Schularteignung sind zunächst leichtere Arbeitsaufträge und danach komplexere mit höheren Anforderungen formuliert worden. Für Schülerinnen und Schüler mit geringer Lesekompetenz wird das verstehende Lesen bereits eine angemessene Schwierigkeit sein. Sie sollten vorwiegend die Seiten inhaltlich klären und einfache Schlüsse und Reflexionen versuchen. Schüler mit höherer Lesekompetenz sollten anspruchsvollere Deutungen und selbstständig historische Urteile leisten. Wenn es um die Verwendung in der gymnasialen Oberstufe geht, wird in der Anrede die Sie-Form benutzt. Die Lehrkräfte können somit eine Auswahl geeigneter Arbeitsaufträge für ihre Lerngruppen treffen.



DAS WISSENSPORTAL DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG IM INTERNET

Mit einer Internetplattform reagiert die Konrad-Adenauer-Stiftung auf die zunehmende Verklärung eines Systems:

„DDR: Mythos und Wirklichkeit“
www.ddr-mythen.de

Auf dieser Homepage werden zu den Kapiteln und Aufstellern der Ausstellung viele weitere Sachinformationen geboten, die die Schülerinnen und Schüler selbständig herausfinden können. Zum einen findet sich dort eine systematisch in Sachkapitel und -unterkapitel gegliederte historische Darstellung zur DDR, zum anderen sind eine Reihe von „Mythen“ gesammelt worden, zu denen aufklärende Texte bereitstehen. Ferner stehen ein Kalendarium zu wichtigen Daten der DDR-Geschichte, ein unterhaltsames Quiz, Audio- und Videodateien sowie vertiefende Unterrichtsmaterialien und weiterführende Literaturangaben zur Verfügung.

LITERATURHINWEISE FÜR WEITERE RECHERCHEN

- *Bildungskatalog. SED-Diktatur und deutsche Teilung. Materialien für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit, erarb. v. Oliver Igel, Wochenschau-Verlag, Schwalbach/Ts. 2009.*
- *Heidi Behrens, Paul Ciupke, Norbert Reichling (Hrsg.): Lernfeld DDR-Geschichte. Ein Handbuch für die politische Jugend- und Erwachsenenbildung, Wochenschau-Verlag, Schwalbach/Ts. 2009.*

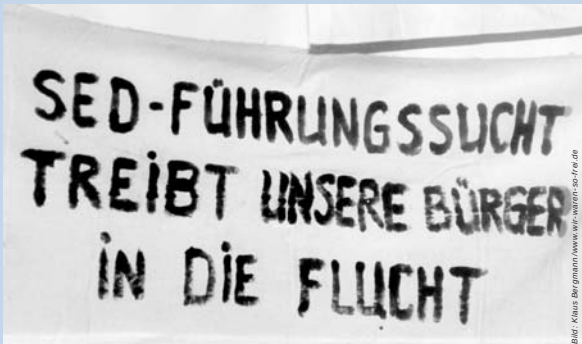


Der DDR-Staat: Eine sozialistische Diktatur

„Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern. Sie ist die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei.“
Artikel 1 der DDR-Verfassung

In Art. 1 der Verfassung stellte die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) ihren Anspruch auf die führende Rolle in der DDR heraus, die sie diktatorisch ausübte. Diese Verfassung wurde 1968 verabschiedet und 1974 überarbeitet. Sie festigte das Machtmonopol der SED. Auch wenn sich die DDR als „Staat der Arbeiter und Bauern“ bezeichnete, hatten diese beiden Gruppen keinerlei Macht. Die Macht lag ausschließlich bei der SED, die die Gesellschaft mit der Hilfe von Massenorganisationen kontrollierte, denen fast jeder Bürger im Staat angehörte. Dazu zählten zum Beispiel:

- Jung- und Thälmannpioniere
- Freie Deutsche Jugend (FDJ)
- Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB)
- Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF)



Friedliche Revolution 1989: Die SED wird für die Flucht vieler DDR-Bürger verantwortlich gemacht.

Generalsekretäre der SED

■ Walter Ulbricht	(1950-1953)	Generalsekretär des ZK der SED
	(1953-1971)	Erster Sekretär des ZK der SED
■ Erich Honecker	(1971-1976)	Erster Sekretär des ZK der SED
	(1976-1989)	Generalsekretär des ZK der SED
■ Egon Krenz	(Okt.-Dez.1989)	Generalsekretär des ZK der SED

Die SED kontrollierte den kompletten Staat

Ein geschlossenes Informationssystem von der Parteibasis bis zum Zentralkomitee (ZK) und umgekehrt sorgte für die zentrale Lenkung der Parteiorganisation. Alle Parteiorgane arbeiteten eng mit dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) zusammen. Da die SED neben den ideologischen Vorgaben auch die politische Richtung des Staates bestimmte und so keine Gewaltenteilung und Kontrolle zuließ, war ihre Macht in der DDR uneingeschränkt.

Die SED hatte die Macht über alle Medien; sämtliche Beiträge unterlagen einer Zensur. Die Partei war auch Besitzer des größten Verlagshauses der DDR und gab die zentrale Tageszeitung „Neues Deutschland“ sowie Regionalzeitungen heraus.



Die Berliner Mauer: 28 Jahre war sie das Symbol für das geteilte Deutschland.

Die SED und ihre führende Rolle

Die SED entstand am 21./22. April 1946 durch die zum Teil erzwungene Vereinigung der KPD mit der SPD. Seit Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 war sie die Staatspartei und verstand sich als politische Führung im Kampf für den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus, die angeblich Frieden garantieren würden.

Das Zentralkomitee der SED

Höchstes SED-Organ war der Parteitag, der alle fünf Jahre das Zentralkomitee wählte. Das ZK wählte wiederum das Politbüro und den Generalsekretär, der die wichtigste Person im Staat war. Die Generalsekretäre der SED waren zugleich Vorsitzende des Staatsrats und damit auch Staatsoberhaupt.



„Neues Deutschland“, die zentrale Tageszeitung in der DDR war in SED-Besitz.

- **Sozialismus:** Politische Richtung, die den gesellschaftlichen Besitz der Produktionsmittel und die Kontrolle der Warenproduktion und -verteilung vertritt.
- **Kommunismus:** Auf Karl Marx zurückgehende Ideologie, die u. a. durch Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln eine klassenlose Gesellschaft schaffen will.
- **Marxismus-Leninismus:** Seit Mitte der 1920er Jahre die offizielle Weltanschauung der Sowjetunion, die von Karl Marx und Friedrich Engels begründet und von Lenin (Wladimir Iljitsch Uljanow) weiterentwickelt wurde. Der Marxismus-Leninismus ist die weltanschauliche Grundlage des Sozialismus und des Kommunismus.

I DER DDR-STAAT: EINE SOZIALISTISCHE DIKTATUR

ROLL-UP NR. 2-4

LERNZIELE

- Mit diesem Roll-Up sollen die Schülerinnen und Schüler:
- zentrale Merkmale des SED-Staates herausstellen und beurteilen (*Grobziel*)
 - die Merkmale einer Diktatur herausstellen: die führende Rolle der SED und den umfassenden Einsatz der Machtmittel (Massenorganisationen, MfS, Medienmonopol)
 - den sozialistischen Charakter der DDR (Verstaatlichung der Produktionsmittel und Kontrolle der Produktion) feststellen

ARBEITSAUFTRÄGE

1. Erklärt das Plakat aus der Friedlichen Revolution 1989. Was meint darauf „SED-Führungssucht“ genau? Wie äußerte sich diese?
2. Kläre, wer in der DDR die politische und wirtschaftliche Macht innehatte.
3. Begründe, warum die DDR eine Diktatur gewesen ist.
4. Stelle dar, welche Rolle dabei die Wahlen und ihre Ergebnisse spielten.
5. Erfindet ein Gespräch zwischen einem SED-Mitglied und einem Staatsgegner über die tatsächliche Machtverteilung im „Arbeiter- und Bauernstaat“ DDR.
6. Vergleichen Sie die Definitionen zu Sozialismus, Kommunismus, Marxismus-Leninismus. Was traf davon auf die DDR zu?

Hinweise zur Vertiefung

- Staat und Gesellschaft
 - Staatsaufbau und Verfassung
 - SED und ihre führende Rolle
 - Blockparteien und Massenorganisationen
- Wirtschaft
 - Sozialistische Gesellschaft und Erziehung
 - Sozialistisches Eigentum
- Mythen
 - Arbeiterstaat
 - Demokratischer Staat
 - Polizei und Staatssicherheit
 - Sozialismus

Mythos: „Die DDR war ein demokratischer Rechtsstaat“

Die SED verstand sich als Partei der **Diktatur des Proletariats** und wollte eine sozialistische Gesellschaft nach sowjetischem Modell umsetzen. Staat, Parteien und Massenorganisationen folgten dem so genannten **demokratischen Zentralismus**, die Macht lag allein bei der SED. Eine von der SED unabhängige freie Meinungsbildung und eine kritische Öffentlichkeit gab es nicht: Printmedien, Hörfunk und Fernsehen wurden zensiert und kontrolliert.

Andere Parteien politisch ohne Einfluss

Neben der SED gab es vier kleinere Blockparteien:

- die Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU)
- die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD)
- die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD)
- die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD)

Alle waren politisch insofern einflusslos, als die SED weder einen Regierungswechsel noch einen Wettbewerb der politischen Parteien zuließ. Die Blockparteien wurden durch die SED kontrolliert, ihre Führungsspitze und die wichtigen Kader von der SED bestimmt.

In der Volkskammer, dem DDR-Parlament, fanden auch die SED-Parteitage statt. Hier wird der XI. Parteitag (1986) eröffnet.



Wahlplakat der Nationalen Front.

Keine demokratischen Wahlen

Der eigentliche Wahlvorgang bestand in einer Bestätigung der von der SED vorgeschlagenen und genehmigten Einheitsliste. Im Volksmund der DDR wurde der Wahlgang auch „Zettelfalten“ genannt, da das Ergebnis bereits vorher feststand. So waren Ergebnisse wie zur vorletzten Wahl der Volkskammer (Parlament der DDR) 1986 „normal“: 99,94 Prozent stimmten der vorgeschlagenen Liste zu, die Wahlbeteiligung lag bei 99,74 Prozent. Außerdem fälschte die SED Wahlergebnisse. Die letzte Fälschung, die Kommunalwahl vom 7. Mai 1989, haben Bürgerrechtler nachgewiesen und dadurch die Opposition gegen das Regime und die Entwicklung hin zur Friedlichen Revolution im Herbst 1989 gestärkt.

Keine unabhängigen Gerichte, keine Gewaltenteilung

In der DDR gab es keine Gewaltenteilung und keine Unabhängigkeit der Gerichte. Die SED nahm Einfluss auf die Entwicklung von Rechtsnormen, und die Justiz war somit ein Herrschaftsinstrument der SED-Führung, das der Partei ein direktes Eingreifen in laufende Verfahren ermöglichte.

Transparent an der Volkskammer während der Demonstration auf dem Alexanderplatz in Berlin am 4. November 1989.



FRÜHER UND HEUTE

DDR

- keine freie Meinungsäußerung
- keine demokratischen Wahlen
- keine Gewaltenteilung
- nur eine Partei bestimmt die Politik
- keine Pressefreiheit, Zensur

..... > Diktatur

Bundesrepublik Deutschland heute

- jeder Bürger kann seine Meinung frei äußern
- demokratische Wahlen
- Legislative, Exekutive, Judikative sind unabhängig
- in der Bundesrepublik Deutschland konkurrieren Parteien um politischen Einfluss
- Pressefreiheit, es findet keine Zensur statt

..... > demokratischer Rechtsstaat

MYTHOS: „DIE DDR WAR EIN DEMOKRATISCHER RECHTSSTAAT“

LERNZIELE

Mit diesem Roll-Up sollen die Schülerinnen und Schüler:

- zum genannten Mythos differenziert Stellung nehmen (*Grobziel*)
- die Staatsform des „demokratischen Zentralismus“ in der DDR erläutern
- den Unterschied zwischen dem demokratischen Rechtsstaat und dem „demokratischen Zentralismus“ erklären
- die Rolle der Blockparteien, der manipulierten Wahlen und der Justiz in das Staatssystem der DDR einordnen
- zum Demokratieverständnis der DDR Stellung nehmen

ARBEITSAUFTRÄGE

1. Beschreibt und deutet das Wahlplakat. Wofür wirbt es genau?
2. Nenne wichtige Merkmale eines Rechtsstaates und prüfe, ob die DDR diese Merkmale aufwies.
3. Wie hießen die anderen Parteien neben der SED? Erläutere ihre politische Bedeutung und die Funktionsweise der „Einheitsliste“.
4. Analysiert die Staatsform des „demokratischen Zentralismus“. Schätzt ein, ob die DDR eine Gewaltenteilung aufwies.
5. Erörtern Sie die Aussagen: „Die gesamte Rechtsprechung der DDR ist als fehlerbehaftet einzustufen. Die DDR war durch und durch ein Unrechtsstaat.“

Hinweise zur Vertiefung

- Staat und Gesellschaft
 - Staatsaufbau und Verfassung
 - SED und ihre führende Rolle
 - Blockparteien und Massenorganisationen
 - Justiz
- Mythen
 - Demokratischer Staat
 - Gerechtigkeit
 - Religionsfreiheit
 - Staat im Staate

4

Mythos: „Die Stasi war ein ganz normaler Geheimdienst“

Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) war kein klassisches Abwehr- und Aufklärungsinstrument, sondern in erster Linie ein Überwachungsorgan der SED, das die Gesellschaft in allen Bereichen kontrollierte. Im Gegensatz zum Bundesnachrichtendienst unterlag das MfS keiner parlamentarischen und juristischen Kontrolle, da es in der DDR keine Gewaltenteilung zwischen Exekutive, Legislative und Judikative gab. **Die SED bezeichnete das MfS als „Schild und Schwert der Partei“.**

Das Ministerium war eine Geheimpolizei, die

- Bürger verhaftete,
- zum Teil unter Folter Geständnisse erzwang,
- Schauprozesse und deren Urteile vorbereitete und Menschen durch die systematische Beschädigung ihres öffentlichen Ansehens beruflich und privat zerstörte.

Über 90.000 hauptamtliche Mitarbeiter

Das MfS beschäftigte im Oktober 1989 über 90.000 hauptamtliche Mitarbeiter. Auf 180 Einwohner der DDR kam ein hauptamtlicher Mitarbeiter. Nahezu jeder dieser Mitarbeiter war SED-Parteimitglied.

Zusätzlich gab es die „inoffiziellen Mitarbeiter“ (IM), die das MfS mit Informationen über Nachbarn, Kollegen und Bekannte versorgten. In den Jahren der größten Ausdehnung des MfS (1975-1977) waren über 200.000 IM für die Stasi im Einsatz.



Stasi-Arbeitsplatz.



Zelle im Stasi-Gefängnis Hohenschönhausen. Von 1951-1989 wurden hier politische Gefangene inhaftiert und physisch und psychisch gefoltert.

Komplette Kontrolle im Inland

Das MfS arbeitete als Nachrichtendienst im In- und Ausland und übernahm folgende Aufgaben:

- Kontrolle von Massenorganisationen und Spaltung von Oppositionskreisen
- Umfassende Überwachung der DDR-Bürger: Bespitzeln, Pressezensur, Unterdrückung der Meinungsfreiheit
- Unterwanderung aller gesellschaftsrelevanten Bereiche, etwa der Kirchen
- Kontrolle bewaffneter Organe der DDR (Grenztruppen, Nationale Volksarmee (NVA) und Volkspolizei)
- Kontrolle des Staatsapparates (andere Ministerien)
- Kontrolle der volkswirtschaftlichen Organe (Betriebe)
- Aufklärung besonderer Straftatbestände (z.B. politisch motivierte Graffiti)



„Russischer Fotosnapper“ – Mit solchen Spiegelreflexkameras bespitzelten die Stasi-Mitarbeiter DDR-Bürger.

Beeinflussung des öffentlichen Lebens im Ausland

Schätzungen zufolge beschäftigte die Stasi allein 3.000 inoffizielle Mitarbeiter in der Bundesrepublik Deutschland, die sich mit folgenden Aufgaben befassten:

- Aufklärungsarbeit mit dem Ziel, aus allen wichtigen Institutionen (Regierung, Forschung, Industrie) Informationen zu gewinnen
- Aktive Spionageabwehr
- Aktive Beeinflussung des öffentlichen Lebens im Westen durch Eindringen von MfS-Informanten in alle wichtigen Bereiche (z.B. systematische Desinformation)

Chronik der Stasi

- 1949** Gründung der DDR am 7. Oktober
- 1950** Schaffung des MfS am 8. Februar
- 1951** Die Hauptverwaltung A (HV A) wird als Auslandsnachrichtendienst ins MfS integriert
- 1957** Erich Mielke wird Minister für Staatssicherheit
- 1973** Als Reaktion auf den Grundlagenvertrag zwischen DDR und Bundesrepublik Deutschland erhält das MfS neue Aufgaben: u.a. Überwachung der Transitstrecken. Außerdem soll die Bevölkerung nun flächendeckend überwacht werden; das IM-Netz wird ausgebaut
- 1975** Verstärkte „vorbeugende Überwachung“, da die Opposition gegen die Parteidiktatur der SED erstickt
- 1989** Während des 40. Jahrestages der DDR beenden MfS und Volkspolizei mit massiven Übergriffen die Demonstrationen. Nach der Friedlichen Revolution und dem Fall der Mauer tritt das Politbüro im Dezember zurück. Das MfS wird umbenannt.
- 1990** Die Zentrale des umbenannten MfS wird von Bürgerrechtlern besetzt und aufgelöst.

MYTHOS: „DIE STASI WAR EIN GANZ NORMALER GEHEIMDIENST“

LERNZIELE

Mit diesem Roll-Up sollen die Schülerinnen und Schüler:

- zum genannten Mythos differenziert Stellung nehmen (*Grobziel*)
- die Beziehung der Stasi zur SED erläutern („Schild und Schwert der Partei“)
- die Geschichte, den Personalumfang und die typischen Tätigkeiten der Stasi wiedergeben
- einen „normalen“ Geheimdienst und die Stasi vergleichen

ARBEITSAUFTRÄGE

1. Beschreibt die drei Fotos und legt dar, was sie über die Stasi als Geheimdienst besagen.
2. Erkläre die Aufgaben der Stasi im In- und Ausland mit Hilfe von Beispielen.
3. Unterscheide einen hauptamtlichen und einen Inoffiziellen Mitarbeiter (IM) der Stasi. Schätzt ihre Zahl gemessen an der Bevölkerungszahl der DDR ein.
4. Erläutere die Bezeichnung „Schild und Schwert der Partei“ für die Stasi.
5. Vergleiche den bundesdeutschen Geheimdienst (Bundesnachrichtendienst/Verfassungsschutz) mit der Stasi.
6. Stellen Sie mögliche Motive zusammen, warum DDR-Bürger sich als IM von der Stasi anwerben ließen. Beurteilen Sie diese Motive aus Ihrer gegenwärtigen Sicht.
7. Diskutieren Sie: Wer hatte mehr Macht in der DDR: Honecker oder der Geheimdienstchef?

Hinweise zur Vertiefung

- Staat und Gesellschaft
 - Staatsaufbau und Verfassung
 - Polizei und Staatssicherheit
 - Justiz
- Widerstand, Opposition und Flucht
 - Dissidenten und Bürgerrechtler
- Mythen
 - Demokratischer Staat
 - Geheimdienst
 - Religionsfreiheit
 - Staat im Staate
- Videos und Audios
 - Zeitzeugengespräch mit Dr. Hubertus Knabe, Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen: „Das ganze Land war ein Gefängnis.“

Mythos: „In der DDR gab es genug Wohnungen, Lebensmittel, Autos...”

Wohnungsmangel

Gemessen an der Bevölkerungszahl baute die DDR bis 1970 im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland nur knapp die Hälfte an Wohnungen. Deshalb erhielt 1971 mit Erich Honeckers Amtsantritt der Wohnungsbau den höchsten Stellenwert in der Politik der SED. Allerdings ließ sich aufgrund der immer knapperen Ressourcen in der Wirtschaft das Wohnungsbauprogramm in der geplanten Größenordnung nicht realisieren. Ende 1989 stapelten sich bei den zuständigen Ämtern noch 781.000 Anträge.

„Kommen Sie wieder, wenn Sie verheiratet sind!”

Zwei Mal in der Woche war im Wohnungsamt Sprechtag. Junge Frauen standen mit ihren Kindern stundenlang in der Warteschlange, weil die Chance auf eine Wohnung für Familien mit Kindern deutlich größer war. Alleinstehende ohne Nachwuchs bekamen dagegen häufig den Satz zu hören: „Kommen Sie wieder, wenn Sie verheiratet sind!”



Im Oktober 1988 wurde die Übergabe der dreimillionsten Wohnung gefeiert. In Wirklichkeit waren nicht einmal zwei Millionen Wohnungen fertig.

Langes Warten auf ein Auto...

Auch wenn das SED-Regime auf die Privatmotorisierung setzte, konnte der PKW-Bedarf nie gestillt werden. Wer ein Auto erwerben wollte, der musste meist 10-13 Jahre auf einen Trabant und 17 Jahre auf einen Lada 2107 (Import aus der Sowjetunion) warten. Im Alter von knapp 30 Jahren hatte man dann sein erstes eigenes Auto.

Allerdings gab es für DDR-Bürger mit Verwandten in der Bundesrepublik Deutschland auch Möglichkeiten, die DDR-Mangelwirtschaft zu umgehen. GENEX, eine Einrichtung des DDR-Außenhandels, verkaufte gegen ausländische Währung DDR-Waren an DDR-Bürger. Westdeutsche konnten Verwandten in der DDR auf diese Weise auch einen „Trabbi“ schenken.



Plattenbausiedlung in Berlin-Mahlsdorf (1987)
Die SED setzte auf die Plattenbauten außerhalb der Städte, die wertvollen Wohnungen in den historischen Altstädten wurden nicht saniert und verkamen.

Bescheidene Grundversorgung, teure Schokolade

Der DDR-Einzelhandel war bestimmt von billigen Waren des Grundbedarfs und überpreuerten „Luxusgütern“. Zu den Luxusgütern zählte unter anderem Schokolade, die in der DDR um 300 Prozent teurer war, als zur gleichen Zeit in der Bundesrepublik Deutschland.

Ein typisches Bild waren die Menschengruppen vor den Geschäften jeder Art. So standen am Samstagmorgen häufig 20 oder 30 Leute vor dem Bäcker und hofften auf Brötchen, die nicht selten nach einer halben Stunde ausverkauft waren. Das gleiche Bild entstand vor Bekleidungsgeschäften oder Plattenläden, wenn es die begehrten Waren in die Regale geschafft hatten.



Der Trabant 601 wurde zu Ehren des VI. Parteitag der SED entwickelt und war das meistgebaute Modell der Trabant-Reihe.

AUS DEM ALLTAG DER DDR-BÜRGER...

- Seit 1956 wurde versucht, einen Katalog-Versandhandel zu etablieren. Der Versuch scheiterte. Der Unmut über die regelmäßig nicht bestellbaren Waren war zu groß.
- Das Warenangebot im Umland von Berlin war deutlich schlechter als im Ostteil der Stadt. Ost-Berlin wurde deshalb auch als „Schaufenster der Republik“ bezeichnet, und viele, die in die Hauptstadt fuhren, hatten Einkaufszettel von Freunden und Kollegen dabei. Von Bettwäsche über Fliesen und Räucherfisch wurde alles in die Provinz transportiert.

- Stark subventioniert war die Grundversorgung im Bereich Lebensmittel, Miete, Energie und Wasser:
 - 1971: 5,5 Mrd. Ost-Mark
 - 1988: 32 Mrd. Ost-MarkDie hohen Subventionen waren mit ein Grund dafür, dass die DDR an ihrem Ende pleite war.
- Bei modischen Textilien und elektronischen Geräten hinkte die DDR westlichen Trends um Jahre, im Automobilbau sogar um Jahrzehnte hinterher. Aus der Sowjetunion importierte Farbfernseher kosteten zwischen 3.500 und 6.800 Ost-Mark.

MYTHOS: „IN DER DDR GAB ES GENUG WOHNUNGEN, LEBENSMITTEL, AUTOS...”

LERNZIELE

Mit diesem Roll-Up sollen die Schülerinnen und Schüler:

- zum genannten Mythos differenziert Stellung nehmen (*Grobziel*)
- Fakten zum Lebensstandard in der DDR nennen
- das auffällige Preisgefüge zwischen Grund- und gehobener Versorgung begründen
- Formen der Privilegierung in der DDR nennen und erklären
- den Lebensstandard der DDR zusammenfassend beurteilen

ARBEITSAUFTRÄGE

1. Klärt mithilfe der Fotos und Textangaben den Bestand an Wohnungen, Autos, Lebensmitteln... in der DDR.
2. Begründe die Preisunterschiede zwischen Grundversorgung und anderen Gütern.
3. Beschreibt die vom Staat eingerichteten Möglichkeiten, Güter auf Nebenwegen zu erwerben. Welchen Sinn hatte das?
4. Diskutieren Sie über die Aussage: „In der DDR gab es zwar weniger Luxus, aber jeder konnte doch zufrieden leben.”

Hinweise zur Vertiefung

- Alltag und Leben
 - Wohnung und Datsche
 - Einkommen und Einkauf, Konsum und Versorgungslage
 - Waren und Design
- Wirtschaft
 - Planmäßige Bedarfsdeckung und Lebensstandard
- Mythen
 - Altersarmut
 - Gesundheitssystem
 - Lebensstandard
 - Vermögensverteilung
 - Wohnraum
- Videos und Audios
 - Prof. Dr. Beate Neuss erinnert sich an den „Geschmack“ der DDR.

7

Mythos: „DDR-Bürger wollten nicht in das westliche Ausland reisen“

Rigorese Reisebeschränkungen

Von der Gründung 1949 bis zum Mauerbau 1961 flohen 2,6 Millionen Menschen aus der DDR. Mit der Mauer sollte die Flucht eingedämmt werden; Reisen in den Westen waren für die Staatsführung mit der Gefahr verbunden, dass die Urlauber nicht wieder in die Heimat zurückkehrten. In der Regel durfte deshalb nur *ein* Familienmitglied reisen, während die anderen – praktisch als Garantie für die Rückkehr des Reisenden – in der DDR bleiben mussten. Das durch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte 1948 verankerte Recht der Freizügigkeit, nach dem jeder Mensch unter anderem das Recht hat, sein eigenes Land zu verlassen, wurde den DDR-Bürgern verweigert.

Um überhaupt in den Westen reisen zu dürfen, mussten die „Antragsteller“ bei der Meldestelle der Volkspolizei eine Einladung von West-Verwandten zu einem runden Geburtstag, einer Beerdigung oder zu einem ähnlichem Anlass vorlegen. Auch beim Betrieb musste ein Antrag

eingereicht werden, der gegenüber der Volkspolizei eine Beurteilung über die politische und gesellschaftliche Zuverlässigkeit des Reisenden abgab. Notwendig waren auch eine Kopie der Geburtsurkunde vom Verwandten, den man besuchen wollte.



Werbeplakat des FDGB-Ferendienstes.

Ostseestrand in Warnemünde. Im Hotel Neptun konnten 500 FDGB-Urlauber gleichzeitig unterkommen.



Urlaub im sozialistischen Ausland

Für die meisten DDR-Bürger waren Reisen in osteuropäische Nachbarländer die einzige Möglichkeit, außerhalb der DDR Urlaub zu machen. Das Warenangebot und die unkomplizierte Art des Zusammenlebens machten Ungarn, Polen oder die Tschechoslowakei (CSSR) zu bevorzugten Reisezielen. Als beliebte Stadt galt auch Prag, wo sich die DDR-Bürger mit Westverwandten treffen konnten, die nicht in die DDR einreisen durften. Viele nutzten die Gelegenheit und kauften dort Schuhe, Taschen und Fotoapparate, die sie mit in die Heimat nahmen.

Auch Bulgarien, Rumänien oder Jugoslawien waren beliebte Ziele. Allerdings benötigte man hierfür deutlich mehr Geld. Auffällig war, dass in diesen Ländern die DDR-Bürger oft nur als „**Deutsche zweiter Klasse**“ angesehen waren. Sie kamen in minderwertigen Hotels unter und mussten mit schlechterer Verpflegung vorlieb nehmen – auch in den sozialistischen „Bruderländern“ zählte die harte West-Mark mehr.



Camping-Urlaub an der Ostsee.

Urlaub in der DDR

Aufgrund der rigorosen Reisebeschränkungen ins westliche Ausland, der geringen Einkommen und der unterentwickelten Infrastruktur im Tourismus-Bereich konnten die tatsächlichen Reisewünsche nur selten verwirklicht werden. Aus Mangel an anderen Möglichkeiten verbrachte die Mehrheit ihren Urlaub im eigenen Land. Die Betriebe finanzierten für fünf Millionen DDR-Bürger Ferien- und Gewerkschaftsplätze zwischen Ostsee und Sächsischer Schweiz.

Alternative: Campingplatz

Für die Hälfte der Urlaubssuchenden blieb als Alternative nur der in Waldstücken oder auf Wiesen saisonal betriebene, provisorische Campingplatz, der zumeist nur mit Plumpsklo und Kaltwasser ausgestattet war. Wollte man auf solch einem Platz campen, musste man bis zum 2. Dezember des Vorjahres ein Formular mit drei Wunschplätzen sowie Ausweichterminen an die zentrale Campingplatzvermittlung schicken. Mit etwas Glück bekam man dann seine Zuweisung.

URLAUB MIT DEM FDGB

Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) beschloss 1947 die Gründung des Ferendienstes als Sozialeinrichtung zur Vermittlung von Urlaubsreisen. Nach einem Verteilerschlüssel wurden die Reisen zugeteilt, wobei Schichtarbeiter, Familien und Werktätige mit körperlich schwerer Arbeit bevorzugt werden sollten. FDGB-Urlauber mussten nach dem positiven Urlaubsbescheid einen so genannten „Ferienscheck“ erwerben, der auf eine bestimmte Einrichtung ausgestellt wurde. Auch dies subventionierte der Staat.

Nach dem Aufstand vom 17. Juni 1953 erhöhte das SED-Regime die Subventionen, um bei den Arbeitern sein Ansehen zurückzugewinnen.

MYTHOS: „DDR-BÜRGER WOLLTEN NICHT IN DAS WESTLICHE AUSLAND REISEN“

LERNZIELE

Mit diesem Roll-Up sollen die Schülerinnen und Schüler:

- zum genannten Mythos differenziert Stellung nehmen (*Grobziel*)
- die schikanöse Behinderung von Westreisen der DDR-Bürger beschreiben
- die Urlaubsmöglichkeiten in der DDR unterscheiden und ihre Attraktivität einschätzen
- die Ziele des SED-Staats im Umgang mit den Reisewünschen der DDR-Bürger erläutern

ARBEITSAUFTRÄGE

1. Nennt die Aufgaben des FDGB-Ferendienstes.
2. Fasse zusammen, in welchem Maße DDR-Bürger Reisefreiheit genossen.
3. Stelle zusammen, wo und wie die DDR-Bürger ihren Urlaub verbrachten?
4. „Die Kurorte gehören den Werktätigen“, wirbt der FDGB-Ferendienst. Deutet diese Aussage auf dem Plakat.
5. Nehmt Stellung zu den Urlaubsmöglichkeiten in der DDR in Hinsicht auf ihre Attraktivität.
6. Ein junges Pärchen, er aus dem Westen, sie aus dem Osten, hat sich in den Sommerferien am ungarischen Balatonsee kennengelernt. Entwerft einen kurzen Briefwechsel nach dem Urlaub.
7. Diskutieren Sie: Hätte die DDR ihren Bürgern mehr Reisefreiheit gewähren können, ohne unterzugehen?

Hinweise zur Vertiefung

- Alltag und Leben
 - Freizeit, Kultur, Sport und Reisen
- Innerdeutsche Beziehungen
 - Der Mauerbau und die Konsequenzen für die Menschen
- Mythen
 - Lebensstandard
 - Mauerbau
- Videos und Audios
 - Urlaub in Thüringen

Mythos: „Die DDR war eine saubere Sportmacht“

Die DDR war bei Olympischen Sommer- und Winterspielen überaus erfolgreich. In den 1970er und 1980er Jahren gelang es den DDR-Sportlern, bei jeder Olympiade einen Platz unter den drei besten Sportnationen zu erreichen.

Medaillenspiegel der DDR Olympische Sommerspiele					
		Gold	Silber	Bronze	Gesamtrang
1968	Mexiko-Stadt	9	9	7	5
1972	München	20	23	23	3
1976	Montréal	40	25	25	2
1980	Moskau	47	37	42	2
1984	Los Angeles	(von der DDR boykottiert)			
1988	Seoul	37	35	30	2

Medaillenspiegel der DDR Olympische Winterspiele					
1968	Grenoble	1	2	2	10
1972	Sapporo	4	3	7	2
1976	Innsbruck	7	5	7	2
1980	Lake Placid	9	7	7	2
1984	Sarajevo	9	9	6	1
1988	Calgary	9	10	6	2



Turn- und Sportfest 1977 in Leipzig unter der Losung: „Stärkt unsere DDR“.

Sportler ohne ihr Wissen gedopt

Viele Leistungssportler wurden ohne ihr Wissen von Trainern und Sportärzten gedopt. Obwohl das Ministerium für Staatssicherheit, die Sportführung und die mit dem Doping betrauten Mediziner von den gesundheitlichen Langzeitfolgen für die Sportler und vor allem die Kinder wussten, schreckten sie vor Mitteln wie Anabolika nicht zurück.

Das Mittel „Oral-Turinabol“ wurde ab den 1970er Jahren massenhaft im Leistungssport eingesetzt. Das Anabolikum kräftigte die Muskeln, es regte Angriffslust und Risikobereitschaft an. Kadertrainer verabreichten die Dopingmittel als Vitaminpillen sogar Kindern. Sie riskierten schwere Nebenwirkungen an Leber und Hormonhaushalt. Viele Opfer trugen lebenslange Schäden davon, manche starben an den Folgen.



DDR-SPORTLER ALS STASI-MITARBEITER

Der Weitspringer Lutz Dombrowski holte bei den Olympischen Spielen 1980 in Moskau die Goldmedaille für die DDR. Ihm gelang ein Sprung auf eine Weite von 8,54 Meter, damals Jahresweltbestleistung. Auch Dombrowski war gedopt. Nach der Wende wurde er als erster DDR-Sportler als inoffizieller Mitarbeiter (IM) der Stasi enttarnt. Insgesamt war er acht Jahre als IM aktiv und lieferte der Stasi 30 Berichte.

Der Weg zur Stasi: „Ich bekam 1979 durch einen Kontaktmann aus dem SC Karl-Marx-Stadt einen Termin bei der Stasi. Zunächst musste ich eine Schweigeerklärung über das Gespräch abgeben, dann wurde ich als IM angeworben. Ich hatte Angst vor den Folgen, wenn ich nicht unterschrieben hätte – zum Beispiel vor dem Verlust von Privilegien wie die Berechtigung zu Auslandsstarts.“
Quelle: Spiegel 49/1991



DDR-Plakat: „Lernt von den sowjetischen Sportlern hohe sportliche Leistungen zu vollbringen.“

- Für die SED-Führung waren sportliche Erfolge ein wirksames Mittel, um
- internationale Anerkennung zu erlangen,
 - das Selbstbewusstsein der DDR-Bürger zu stärken
 - und die angebliche Überlegenheit des Sozialismus zu demonstrieren.

Viel Geld wurde in modernste Sportanlagen, Trainingsmethoden und Forschungsinstitutionen investiert, um Talente zu Spitzensportlern auszubilden. Mit ihren 17 Millionen Einwohnern erzielte die „kleine“ DDR so über 20 Jahre lang sportliche Höchstleistungen, die man nicht erwarten konnte.

Systematisches Doping

Nach dem Zusammenbruch der DDR wurde offiziell bekannt, dass im staatlich gelenkten Leistungssport der DDR ein systematisches Doping betrieben worden war. Ohne die so genannten „unterstützenden Mittel“ wäre es für das kleine Land nicht möglich gewesen, so außergewöhnlich viele Medaillen zu gewinnen und Rekorde aufzustellen.



Oral-Turinabol.

MYTHOS: „DIE DDR WAR EINE SAUBERE SPORTMACHT“

LERNZIELE

- Mit diesem Roll-Up sollen die Schülerinnen und Schüler:
- zum genannten Mythos differenziert Stellung nehmen (*Grobziel*)
 - den Erfolg der DDR als Sportmacht an Beispielen wahrnehmen
 - die Ziele und Ursachen der staatlichen Sportpolitik klären
 - den Hintergrund der Erfolge im systematischen Doping erkennen
 - den Umgang mit den Sportlern einschätzen

ARBEITSAUFTRÄGE

1. Zeige am Medaillenspiegel auf, wann die DDR eine Sportmacht geworden ist.
2. Begründe, aus welchen Motiven die DDR eine Sportmacht sein wollte.
3. Erläutere die Umstände, unter denen Doping in der DDR eingesetzt wurde.
4. Diskutiert die Aussagen: Die Sportler trugen das Doping-System mit, weil sie daraus selbst große Vorteile zogen.
5. „Doping gab es nicht nur in der DDR.“ Diskutieren Sie, ob diese Aussage als Entlastung der staatlichen Sportfunktionäre und Sportler dienen kann.

Hinweise zur Vertiefung

- Alltag und Leben
 - Freizeit, Kultur, Sport und Reisen
- Mythen
 - Sport



Wirtschaft und Umwelt in der DDR

Der wirtschaftliche Neubeginn nach dem Zweiten Weltkrieg in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) war sehr schwierig. Zu den Zerstörungen kamen die Demontagen und die Reparationszahlungen an die Sowjetunion. Die Wirtschaft der DDR wurde rigoros nach sowjetischem Vorbild umgebildet. In der SBZ fehlt es zudem an Unterstützung, die es im Westen durch das wirtschaftliche Wiederaufbauprogramm der USA, den Marshallplan, gab.

Kennzeichen der sozialistischen Volkswirtschaft waren die volkseigenen Betriebe (VEB), die nach Enteignungen entstanden waren. Bis Mitte des Jahres 1948 wurden über 9.000 gewerbliche Unternehmen enteignet, die sich nun in Volkseigentum befanden und der Kontrolle der Staats- und Parteiführung unterlagen. Hinter der Idee der Konzentration und Zentralisierung stand der Gedanke, dass Großbetriebe leistungsfähiger seien als kleine und mittlere Betriebe. Darüber hinaus erhoffte sich die Partei- und Wirtschaftsführung Erleichterungen bei der Wirtschaftslenkung.



Häufig wurde in den DDR-Fabriken mit veralteten Maschinen gearbeitet.

Durch:

- systematische Propaganda,
- stolze Planerfüllungsrhetorik,
- gefälschte und täuschende Statistiken
- und nicht marktgerechte Kursumrechnungen

konnte die DDR von sich behaupten, zu den 10 reichsten Industrienationen der Welt zu gehören. Nur dank des Engagements der Bürger konnte in der DDR im Vergleich zu anderen sozialistischen Ländern ein kleiner Wohlstand erreicht werden. Dennoch: Weder vermochte die sozialistische Planwirtschaft für die Menschen eine gleiche und gerechte Bedarfsdeckung auf erwünschtem Niveau sicherzustellen, noch eine moderne und technisch herausragende und wettbewerbsfähige Wirtschaftsstruktur zu schaffen.



VEB Carl Zeiss Jena.

Planerfüllung statt Marktsteuerung

Die Wirtschaft wurde in allen Bereichen durch den Staat gelenkt, ein freies Unternehmertum unterdrückt. Alles drehte sich um die Erfüllung von Zwei-, Fünf- oder Siebenjahresplänen, in denen Ziele wie die planmäßige Bedarfsdeckung und die Erhöhung des Lebensstandards definiert waren. Das Ziel der Bedarfsdeckung konnte auf niedrigem Niveau und zu oftmals schlechter Qualität erreicht werden. Hinzu kamen Engpässe und Mangel an bestimmten Artikeln. Das lag an einer nicht marktgerechten Kostenkalkulation und staatlich festgelegten Preisen für Lebensmittel, Mieten und Energie.

Fehlender Gewinnanreiz und eine Abschottung gegenüber den westlichen Märkten verursachten einen suboptimalen Einsatz knapper Ressourcen, behinderten Innovation und verhinderten den Einsatz am Weltmarkt vorhandener bestmöglicher Technologie.



Die Landschaft wurde durch Braunkohleabbau zerstört.

STATISTIK: WORAN DIE PLANWIRTSCHAFT IN DER DDR SCHEITERTE

Preise in der früheren DDR in % der Preise in der Bundesrepublik Deutschland

Was teurer war:		Was billiger war:	
Kassettenrecorder	600	Bier in der Kneipe	40
Ananas	550	Kino	32
Spiegelreflexkameras	530	Porto	25
Damenstrumpfhosen	510	Strom	24
Taschenrechner	490	Miete	18
Bohnenkaffee	390	Braunkohlenbriketts	17
Kühlschränke	390	Zeitungen	17
Lederjacken	380	Brot	16
Farbfernseher	320	Herrenhaarschnitt	15
Schokolade	310	Straßenbahn	10
PKW	240	Kindergarten	5

„Die Dinge des täglichen Lebens waren in der früheren DDR weitaus billiger als in der Bundesrepublik Deutschland. Der Grund: Die Preise wurden künstlich niedrig gehalten. 40 Prozent des Staatshaushalts wurden für „Zuwendungen an die Bevölkerung“ ausgegeben, davon wiederum die Hälfte für die Subventionierung von Preisen – etwa bei Brot, Miete, Strom und Verkehrsmitteln. Nachteil: Die Selbststeuerung des Marktes, einer der wichtigsten Gründe für den Erfolg der Marktwirtschaft, wurde auf diese Weise außer Kraft gesetzt. Das Geld wurde fast ausschließlich für soziale Zwecke ausgegeben, anstatt für Investitionen in Wachstum, Wohlstand und zum Beispiel Umweltschutz.“

Quelle: Wolfgang Larmann, Krisenfest?, in: Wirtschaft und Unterricht. Informationen aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Nr. 2/2009, Auszug.

III. WIRTSCHAFT UND UMWELT IN DER DDR

ROLL-UP NR. 9-12

LERNZIELE

Mit diesem Roll-Up sollen die Schülerinnen und Schüler:

- die Kennzeichen der sozialistischen Volkswirtschaft feststellen und ihre Leistungskraft in der Güterversorgung einschätzen (*Grobziel*)
- die wirtschaftliche Idee und Organisation eines VEB erfassen
- die Rolle der VEB in der sozialistischen Planwirtschaft klären
- die Qualität von Bedarfsdeckung und Wirtschaftsstruktur in der DDR analysieren
- die Plan- und Marktwirtschaft ansatzweise über die Preissysteme vergleichen

ARBEITSAUFTRÄGE

1. Äußert eure Eindrücke zum Foto des Großbetriebes VEB Carl Zeiss Jena.
2. Kläre, was ein VEB und ein Jahresplan waren. Welche Erwartungen hatten die Machthaber daran?
3. Nenne aus dem Text die Mängel der DDR-Wirtschaft und begründe sie.
4. Vergleiche die Preise in Ost- und Westdeutschland und erkläre die Unterschiede.
5. Diskutieren Sie: Hätte die DDR-Wirtschaft besser funktionieren können, auch ohne den Sozialismus aufzuheben?

Hinweise zur Vertiefung

- Wirtschaft
 - Regelmäßige Bedarfsdeckung und Lebensstandard
 - Fünfjahresplan
 - Volkseigener Betrieb
- Mythen
 - Lebensstandard
 - Umweltschutz
 - Wirtschaftsmacht
 - Wohnraum

Mythos: „Die DDR war eine Wirtschaftsmacht“

Falsche Informationen

Die Wirtschaftsberichte der DDR dienten der Propaganda, also der Desinformation auch der eigenen Bevölkerung. Falsch informiert werden sollte zudem das nicht-sozialistische Ausland. Fehltritte über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der DDR lassen sich deshalb auch in den Analysen westlicher Politiker und Wissenschaftler feststellen. Täuschen ließ sich von den gefälschten Statistiken aus dem SED-Apparat auch Erich Honecker. Er blieb bis zu seinem Tod 1994 dabei, dass der Untergang der DDR auf Verrat durch den sowjetischen Staats- und Parteichef Michail S. Gorbatschow und nicht auf ökonomische Ursachen zurückzuführen sei.



Erich Honecker und Michail S. Gorbatschow lassen sich in Moskau von Prof. Biermann den 1-Megabit-Speicherschaltkreis erklären.

Stabile Preise nur durch Subventionen

Die stabilen und niedrigen Preise etwa für Grundnahrungsmittel, Wohnungsmieten, Heizung oder im sozialen Bereich führten zu stetig wachsenden Subventionssummen, die nur durch Übersteuerung anderer Produkte (etwa technischer Geräte und „Luxusartikel“) oder durch Kredite zu finanzieren waren. Am Ende ihrer Geschichte stand die DDR vor dem Bankrott und konnte ihren aus den Schulden entstandenen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen.

Auch wenn die Bevölkerung sonst wenig gefragt wurde, in Sachen Lebensstandard wurden die Sorgen der einfachen Leute mit Aufmerksamkeit beobachtet. Wozu das enttäuschte und aufgebrachte Volk imstande war hatte sich beim Volksaufstand am 17. Juni 1953 gezeigt.



Propaganda-Losung 1987.

Trotz Milliarden: Rückstand uneinholbar

Als der Generaldirektor des Kombines Carl Zeiss Jena am 12. September 1988 auf der Leipziger Herbstmesse medienwirksam das erste Muster eines 1-Megabit-Speichers an Erich Honecker überreichte, sollte die Welt glauben, dass die DDR auch in den 1980er Jahren den ihr zugeschriebenen Platz unter den zehn ersten Industrienationen behauptet hätte. In Wirklichkeit gelang es trotz Milliardeninvestitionen nicht, den Rückstand der DDR auf dem Feld der Mikroelektronik aufzuholen.



Sowjetischer Panzer in Leipzig am 17. Juni 1953.

VOLKSAUFSTAND DES 17. JUNI 1953

Dienstag, 16. Juni:

Am 16. Juni kam es an zwei Berliner Großbaustellen zu ersten Arbeitsniederlegungen. Von beiden Baustellen formierte sich ein kleiner Protestzug. Die Bauarbeiter forderten den Rücktritt der Regierung und freie Wahlen.

Mittwoch, 17. Juni:

Die Belegschaften von vielen Betrieben traten mit Beginn der Frühschicht in den Streik. In den großen Städten formierten sich Demonstrationen, aber auch in kleineren Orten kam es zu Kundgebungen oder Gewalttätigkeiten gegen offizielle Personen oder Einrichtungen. Schwerpunkte waren Berlin, das Chemiedreieck um Halle, Magdeburg, Leipzig und Dresden. Kreisleitungen, Bürgermeistereien, Gefängnisse und Stasi-Gebäude wurden von

Aufständischen besetzt. Die Proteste der Menschen fanden sehr spontan statt. Es gab keine Führungskräfte, die den Aufstand an über 700 Orten organisierten. Menschen aus allen sozialen Schichten und Gruppen waren beteiligt – es war ein echter Volksaufstand.

Niederschlagung:

Die sowjetische Armee rückte mit 20.000 Soldaten, 8.000 Angehörigen der Kasernierten Volkspolizei und Panzern aus. Der Ausnahmezustand wurde ausgerufen, durch die Präsenz von Panzern verlor der Aufstand an Schwung. In einer ersten Welle wurden 6.000 Menschen verhaftet, mindestens 75 kamen ums Leben.

MYTHOS: „DIE DDR WAR EINE WIRTSCHAFTSMACHT“

LERNZIELE

Mit diesem Roll-Up sollen die Schülerinnen und Schüler:

- zum genannten Mythos differenziert Stellung nehmen (*Grobziel*)
- den propagandistischen Charakter der DDR-Wirtschaftszahlen aufzeigen,
- den behaupteten zehnten Rang unter den Industrienationen relativieren
- die Finanzierung des Lebensstandards durch Subventionen und ausländische Kredite begründen
- die Sorge um den Lebensstandard der Bevölkerung auf die Furcht vor fehlender Loyalität (Hintergrund im Aufstand des 17. Juni 1953) zurückführen
- Grundsätze und Ergebnisse der Plan- und Marktwirtschaft vergleichen

ARBEITSAUFTRÄGE

1. Beschreibt das Foto „Propaganda-Losung 1987“. Was fällt euch besonders auf?
2. Kläre, wieso der Eindruck bestand, die DDR sei eine große Wirtschaftsmacht.
3. Begründe, warum die DDR großen Wert darauf legte, diesen Eindruck zu erhalten.
4. Begründe, wieso sogar Erich Honecker an die falschen Zahlen glaubte?
5. Analysiere die Mittel der DDR, den Lebensstandard zu halten, und ihre Folgen.
6. Welche Rolle spielte der Aufstand vom 17. Juni 1953 im politischen Denken der DDR-Führung?
7. Diskutieren Sie: Schulden sind nicht nur ein Problem der DDR. Lassen sich ihre Probleme mit denen heutiger überschuldeter Staaten gleichsetzen?

Hinweise zur Vertiefung

- Wirtschaft
 - *Planmäßige Bedarfsdeckung und Lebensstandard*
- Widerstand, Opposition und Flucht
 - *17. Juni 1953*
- Mythen
 - *Gesundheitssystem*
 - *Umweltschutz*
 - *Vermögensverteilung*
 - *Wirtschaftsmacht*
- Videos und Audios
 - *Der Volksaufstand am 17. Juni 1953*

Mythos: „Planwirtschaft und Sozialismus ermöglichten einen hohen Lebensstandard“

Das **Schlangestehen** vor den Geschäften und auch der Tauschhandel waren Teil der sozialistischen Konsumkultur. Die **Mangelwirtschaft** wurde zum Kennzeichen von 40 Jahren Wirtschaftsentwicklung in der DDR. Auf eine Wohnung mussten Familien in der Regel fünf Jahre warten, auf ein Telefon zehn Jahre und auf ein Auto in der Regel noch länger. Genussmittel wie Schokolade oder Südfrüchte waren entweder überteuert oder gar nicht zu haben.

Für Funktionäre von Partei und Staat gab es Sonderverkaufsstellen, in denen auch Westwaren zu billigen Ostpreisen angeboten wurden. Für die „normale“ Bevölkerung öffneten Ende der 1960er Jahre Geschäfte wie „Delikat“ (Lebensmittel) und „Exquisit“ (Textilien und Schuhe), in denen man Mangelwaren zu sehr hohen Ostpreisen anbot. Erst 1974 gab die SED-Führung nach und legalisierte für die DDR-Bevölkerung das Einkaufen in den „Intershops“, die ursprünglich für durchreisende Ausländer gedacht waren.



Berlin (Ost) 1984: Schlange vor einem Brotladen in der Schönhauser Allee.

Einschränkung der persönlichen Freiheit

Mit der Friedlichen Revolution und dem Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 scheiterte auch der Sozialismus in der DDR. Gleichwohl wollten einige Ost- und auch Westdeutsche zunächst keine Wiedervereinigung, sondern nur eine andere DDR.

Dabei hatte sich sehr schnell gezeigt, dass mit der **sozialistischen Gleichheitsideologie** auch eine deutliche **Einschränkung der persönlichen Freiheit** verbunden ist. Menschen, die sich nicht in der gewünschten Form am Aufbau des Sozialismus beteiligen konnten oder wollten, mussten in der DDR mit Sanktionen oder hohen Strafen rechnen.



Der Trabant – Erzeugnis des VEB Automobilwerk AWZ Zwickau.



Die Geschäftsauslage eines Delikat-Ladens: Südfrüchte wie Ananas waren in der DDR Mangelware.

Individualität im Sozialismus nicht gefragt

Individualität, Religiosität, Selbstverwirklichung und Unternehmerrgeist waren im Sozialismus wenig bzw. nicht gefragt. Durch weitgehende Abschaffung des Eigentums und durch gleichmäßige Verteilung der vorhandenen Güter sollte eine soziale Gleichheit hergestellt werden. Allerdings musste der zu verteilende „Reichtum“ zuvor erwirtschaftet werden. Da aber das in der Natur des Menschen liegende Erfolgsstreben ideologisch als Habgier verurteilt wurde und nicht als positive Triebkraft für die Herstellung von Gütern in der DDR genutzt werden konnte, gab es schnell Engpässe.

PLANWIRTSCHAFT

- zentrale Steuerung
- Gleichförmigkeit
- Mangel
- Starrheit
- Wohlstand für Privilegierte
- Staatseigentum
- Kontrolle durch den Staat

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

- Prinzip von Angebot und Nachfrage
- Kreativität, Wahlmöglichkeiten
- Vielfalt
- Flexibilität
- Wohlstand für alle
- Privateigentum
- Vertrauen in den Menschen

MYTHOS: „PLANWIRTSCHAFT UND SOZIALISMUS ERMÖGLICHTEN EINEN HOHEN LEBENSSTANDARD“

LERNZIELE

- Mit diesem Roll-Up sollen die Schülerinnen und Schüler:
- zum genannten Mythos differenziert Stellung nehmen (*Grobziel*)
 - die 40 Jahre anhaltende Mangelwirtschaft in der DDR mit Beispielen belegen
 - die Engpässe auf die unnatürliche Behinderung privaten Erfolgsstrebens durch die sozialistische Gleichheitsideologie zurückführen
 - die Einschränkung wirtschaftlicher Freiheit als zentrale Einschränkung der persönlichen Freiheit beurteilen
 - den Lebensstandard in der DDR zusammenfassend beurteilen

ARBEITSAUFTRÄGE

1. Auf dem Foto von 1984 steht eine Kundenschlange vor einem Brotladen: Nehmt dazu Stellung.
2. Kläre den Sinn der Sonderverkaufsstellen im DDR-Wirtschaftssystem.
3. Begründe die Einstellung des Sozialismus gegen die individuelle Entfaltung im Wirtschaftsleben.
4. Schreiben Sie einen Monolog eines Werktätigen in der DDR: „Lohnt es sich für mich, wenn ich schneller oder mehr arbeite als andere?“
5. Erörtere die Zusammenhänge von Freiheit und Ungleichheit im Wirtschaftsleben.
6. Diskutieren Sie die Aussage: „Es ist besser, unfrei als arbeitslos zu sein.“

Hinweise zur Vertiefung

- Wirtschaft
 - Sozialistische Gesellschaft und Erziehung
 - Sozialistisches Eigentum
 - Planmäßige Bedarfsdeckung und Lebensstandard
- Mythen
 - Gesundheitssystem
 - Lebensstandard
 - Umweltschutz
 - Vermögensverteilung
 - Wirtschaftliche Benachteiligung
 - Wohnraum

Mythos: „Die DDR trat für den Umweltschutz ein“

Offiziell gab es in der DDR bis 1989 keine gravierenden Umweltprobleme, was an der **Vertuschung durch die SED-Regierung** lag. Mit Braunkohle wurde rund 70 Prozent der Primärenergie erzeugt – die DDR war der größte Kohlendioxidverschmutzer in Europa. Auch die Wasserverschmutzung war in den industriellen Ballungsräumen enorm: in den Bezirken Leipzig, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz), Halle und Gera mussten 70 Prozent der Menschen mit der höchsten Belastungsstufe leben. Standorte wie Bitterfeld und Espenhain hätten nach den von der UNO empfohlenen Grenzwerten als „nicht bewohnbar“ eingestuft werden müssen.

Fast jedes zweite Kind litt im Süden der DDR an Atemwegserkrankungen, weil die Braunkohlekraftwerke ohne Entschwefelungsanlagen arbeiteten. 1988 war rechnerisch gesehen jeder Einwohner mit 313 kg Schwefeldioxid, 132 kg Staub und 21 Tonnen Kohlendioxid belastet.

Quelle: Hannsjörg F. Buck, Das Ausmaß der Umweltbelastung und Umweltzerstörung beim Untergang der DDR 1989/90, in: Eberhard Kuhrt (Hrsg.), Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den 80er-Jahren, Opladen 1996.



Arbeiter vor einer Kokerei in Bitterfeld.
Ihr Kommentar: „Wird Zeit, dass die Dreckschleuder zu gemacht wird.“

Belastetes Wasser floss in den Westen
Ungeklärtes, schadstoffbelastetes Wasser aus der Bitterfelder Chemieregion floss über die Elbe in die Bundesrepublik Deutschland, wodurch man auch dort auf den Umweltskandal in der DDR aufmerksam wurde. 23 Tonnen Quecksilber, 380 Tonnen Kupfer, 120 Tonnen Blei, 2000 Tonnen Zink und 3,5 Millionen Tonnen Chlorid nahm die Elbe pro Jahr auf.



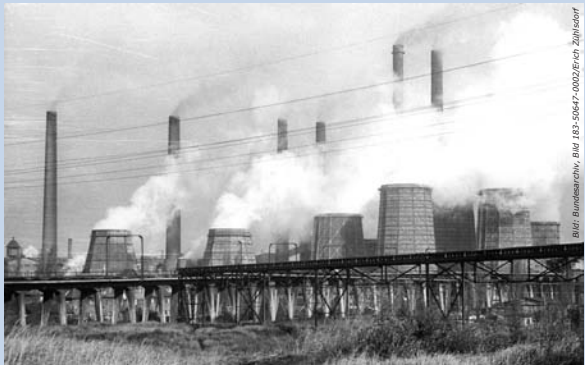
Riesige Abraumhalden – entstanden durch jahrzehntelangen Uranbergbau in Thüringen und Sachsen.



Durch Einleitung von Abwässern verschmutztes Ufer des Silbersees.

„Silbersee“
Der südlich der Stadt Wolfen gelegene Silbersee wurde zu einem Synonym für die Umweltverschmutzung in der DDR. Abwässer aus der Filmfabrik Wolfen und der Kunstfaserproduktion wurden in den See geleitet: die schwermetallhaltige Schlammsschicht war 1990 auf 12 Meter angestiegen. Ein anderer Ort, der durch die Umweltprobleme bekannt wurde, war Mölbis. Das Dorf in der Nähe von Espenhain galt als am stärksten belasteter Ort Europas.

Machthaber wussten Bescheid
Die SED-Politiker hielten ihr Wissen geheim und verwiesen auf das Umweltgesetz. Dieses relativ strenge Gesetz war seit Ende der sechziger Jahre in Kraft und regelte die Pflichten der Regierung zum Schutz von Umwelt und Natur. Die Regierungssprecher meldeten stets, dass man sich an dieses Umweltgesetz halte. Doch die Realität war anders – und jeder Bürger konnte das sehen.



VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld.

DIE WISMUT AG
Die Wismut AG förderte unter katastrophalen Arbeitsbedingungen und hohen Gesundheitsrisiken für die deutschen Arbeiter in Sachsen und Thüringen Uran für die Atomindustrie der Sowjetunion. Der Uranbergbau hatte schwere Folgen für die Natur in den betroffenen Gegenden. Ganze Dörfer und Städte mussten dem Platzbedarf für Halden und Tagebaue weichen. Langfristig war das Eintreten von Schadstoffen in die Luft bzw. in das Grundwasser das größte Problem für die betroffenen Gebiete.

Zur Sanierung der Urangewinnungs- und Uranaufbereitungsanlagen wurde 1991 die Wismut GmbH gegründet. Bis 2010 flossen 6,4 Milliarden Euro nach Sachsen und Thüringen zur Rekultivierung der belasteten Gebiete.

MYTHOS: „DIE DDR TRAT FÜR DEN UMWELTSCHUTZ EIN“

LERNZIELE

- Mit diesem Roll-Up sollen die Schülerinnen und Schüler:
- zum genannten Mythos differenziert Stellung nehmen (*Grobziel*)
 - die Umweltbelastung in der DDR mit Beispielen belegen
 - die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit in der DDR-Umweltpolitik erkennen
 - den speziellen Fall der Wismut AG mit besonderer Arbeitsbelastung für die Arbeiter aus militärischen Gründen (Uranbergbau) analysieren
 - die Geheimhaltung und Leugnung von Umweltproblemen in der DDR begründen

ARBEITSAUFTRÄGE

1. Fasst zusammen, was ihr aus dem Text und Foto über die „Wismut-AG“ erfahren habt. Nehmt Stellung, ob das zu den Ansprüchen der DDR passt.
2. Beschreibe die Umweltsituation der DDR und ihre Folgen.
3. Begründe, wieso die DDR trotzdem beanspruchte, für den Umweltschutz einzutreten.
4. Überlegt, warum die DDR nicht mehr für den Umweltschutz getan hat.
5. Diskutieren Sie die Aussage: „Im Kapitalismus bedroht das private Profitstreben die Umwelt. Das entfällt im Sozialismus.“

Hinweise zur Vertiefung

- Alltag und Leben
 - Gesundheitssystem und Lebenserwartung
- Mythen
 - Gesundheitssystem
 - Umweltschutz

Schule und Ausbildung in der DDR

Die SED baute bereits Ende der 1940er Jahre in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) ein neues Bildungssystem auf. Auf der einen Seite wollten die neuen Machthaber einen radikalen Bruch mit dem Schulsystem unter der nationalsozialistischen Diktatur; sie entließen einen Großteil der Lehrer und verboten den Gebrauch der alten Lehrmittel. Gleichzeitig vollzogen sie einen Bruch mit traditionellen pädagogischen Strukturen. Für den Unterricht wurden zunächst „**Neulehrer**“ rekrutiert und im Schnellverfahren ausgebildet. Viele von ihnen waren noch bis in die 1980er Jahre im Schuldienst.

„Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem“
Das Bildungssystem wurde zweimal grundlegend reformiert – zunächst Mitte der 1950er Jahre und schließlich 1965 durch das „Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem“. Die Bedeutung von Bildung und Erziehung für die SED-Politik zeigte sich auch darin, dass mit Margot Honecker die Ehefrau des Partei- und Staatschefs von 1963 bis 1989 als Ministerin für Volksbildung wirkte.



Pioniernachmittag in einer Ausstellung.

Alle Kinder sollten nach ein und demselben Bildungskonzept eine gleichwertige und damit auch im Wesentlichen gleichartige Allgemeinbildung hohen Niveaus erwerben, um eine „**allseits begabte sozialistische Persönlichkeit**“ zu entwickeln. Einheitlich war das Bildungssystems auch in Bezug auf Aufbau, Inhalt und Ziele des Unterrichts, wozu auch bis in die Details vorgegebene Lehrpläne und Lehrbücher gehörten.

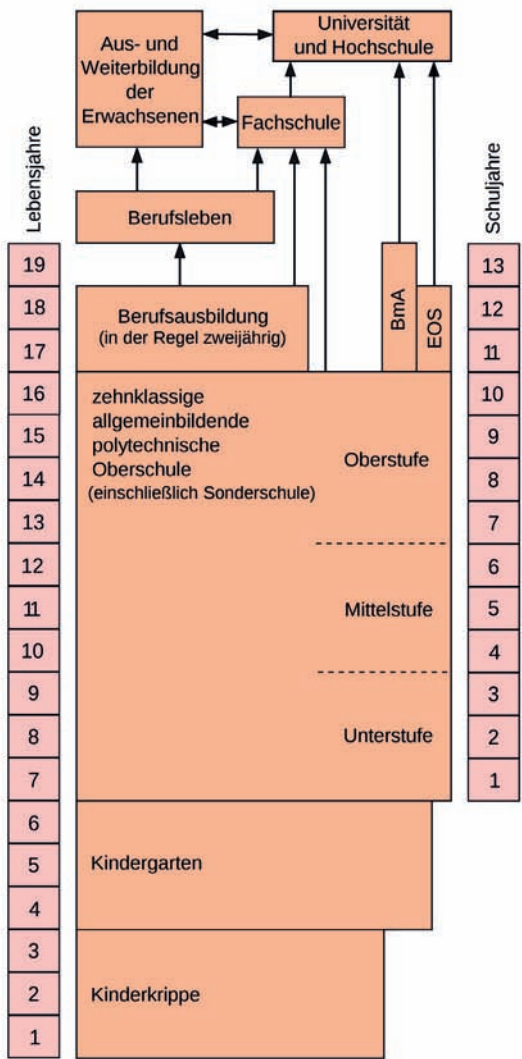
IDEOLOGIE IM SCHULALLTAG

Jede **Unterrichtsstunde** begann mit dem Gruß der Pionierorganisation oder FDJ, zu der die Klasse sich erhob:
Lehrer sagten: „Für Frieden und Sozialismus seid bereit“
..... > Klasse antwortete: „Immer bereit“
Lehrer sagten: „Freundschaft“
..... > Klasse antwortete: „Freundschaft“

Appelle fanden zu Beginn und zum Ende des Schuljahres sowie zu speziellen Ereignissen statt. Dabei trugen alle Schülerinnen und Schüler die Uniform der Pionierorganisation bzw. der FDJ, wenn sie Mitglied waren. Alle Klassen marschierten im Klassenverband in die Turnhalle oder Aula bzw. auf den Schulhof, manchmal wurde Marschmusik gespielt.

Die Mitglieder der Pionierorganisation einer Klasse trafen sich regelmäßig zu außerschulischen Aktivitäten, die zur politischen Bildung und zur Freizeitgestaltung dienten. Der Klassenlehrer leitete diese **Pioniernachmittage**.

Struktur des Schulsystems in der DDR (vereinfachte Darstellung)



BmA: Berufsausbildung mitAbitur
EOS: erweiterte Oberschule (Abitur)

Ausbildung für jedermann

In der DDR erhielt jeder Schulabgänger eine Lehrstelle, aber häufig konnte nicht der Traumberuf erlernt werden. Sehr beliebte Berufe waren bei den Mädchen Kosmetikerin und Friseurin, bei den Jungen Kfz- und Feinmechaniker. Gewünscht aber wenig begehrt waren Rinderzüchter, Betonbauer oder Facharbeiterin für die Bekleidungsindustrie.

Jedes Jahr gab es einen Katalog der Bezirksräte, in dem die freien Ausbildungsplätze angeboten wurden. Dieser war nicht öffentlich einsehbar, da er gegen die in der Verfassung garantierte Gleichberechtigung zwischen Frau und Mann verstieß. In der schlecht bezahlten Leichtindustrie wurden Lehrstellen nämlich ausschließlich an Mädchen vermittelt.

IV SCHULE UND AUSBILDUNG IN DER DDR

ROLL-UP NR. 13-16

LERNZIELE

- Mit diesem Roll-Up sollen die Schülerinnen und Schüler:
- die zentrale Bedeutung des Bildungssystems für die sozialistische Gesellschaft erkennen (*Grobziel*)
 - den groben Aufbau des einheitlichen Bildungssystems (Schema) wiedergeben
 - die historischen Einschnitte gegenüber dem traditionellen deutschen Schulsystem aufzeigen: sozialistische Bildungsreformen in der SBZ und DDR
 - die ideologisch geprägten Ziele und Methoden des Schulsystems herausstellen
 - den Zwangscharakter in der Lehrstellenvergabe feststellen

ARBEITSAUFTRÄGE

1. Beschreibt die Schulrituale des Stundenbeginns und des Appells. Welchen Sinn hatten sie?
2. Begründe, warum die DDR einen großen Wert auf das einheitliche Schulsystem gelegt hat.
3. Vergleiche das Schulsystem der DDR mit dem Bundesrepublik Deutschland. Nehmt Stellung zu Vor- und Nachteilen.
4. Beurteilen Sie: Wie stand es um die Freiheit der Berufswahl in der DDR? Wie weit war die Gleichheit der Geschlechter durchgesetzt?

Hinweise zur Vertiefung

- Staat und Gesellschaft
 - Bildung und Erziehung
- Alltag und Leben
 - Arbeitswelt und Berufstätigkeit der Frau
 - Organisiertes Alltagsleben und Massenorganisationen
- Religion und Kirche
 - Protestantisch und mündig in der DDR
- Mythen
 - Religionsfreiheit
 - Sozialismus
 - Studium
- Videos und Audios
 - Zeitzeugengespräch mit Dr. Thomas A. Seidel zur Willkür der DDR gegenüber kritischen Heranwachsenden

Mythos: „Im DDR-Schulsystem hatten alle gleiche Chancen“

„Das einheitliche sozialistische Bildungssystem gewährleistet die kommunistische Erziehung der jungen Bürger.“

Quelle: Meyers Universallexikon, Leipzig 1980

Einheitsschule: „Gleiche Bildung für alle“

Die inhaltliche Ausrichtung in den Schulen war in der gesamten DDR gleich. Alle Schulbücher kamen aus dem Verlag „Volk und Wissen“, Lehrpläne und Unterrichtsführung waren zentral vorgegeben und ließen Individualität und kritischem Geist wenig Raum.

In der Regel besuchten die Schülerinnen und Schüler für 10 Jahre die Polytechnische Oberschule (POS), bei der auf die Praxis ein besonderer Wert gelegt wurde: In Betrieben der Industrie und der Landwirtschaft konnten die Kinder und Jugendlichen praktische Fähigkeiten erlernen. Oftmals dienten die Schüler aber auch nur als kostenlose Arbeitskräfte. Naturwissenschaften und Polytechnik (Arbeitslehre) hatten im Unterricht einen besonderen Stellenwert, ebenso Staatsbürgerkunde und Wehrerziehung (ab 1978).



Margot Honecker war von 1963-1989 Ministerin für Volksbildung in der DDR.



Wahlplakat 1946.

Auf Anpassung angelegt

Die Erziehung zu „staatsbürgerlicher Disziplin“ nahm auch in der Schule viel Raum ein. Der Unterricht war stark formalisiert, die Lehrpläne und -bücher ließen kaum Platz für eigene Ideen der Lehrerinnen und Lehrer.

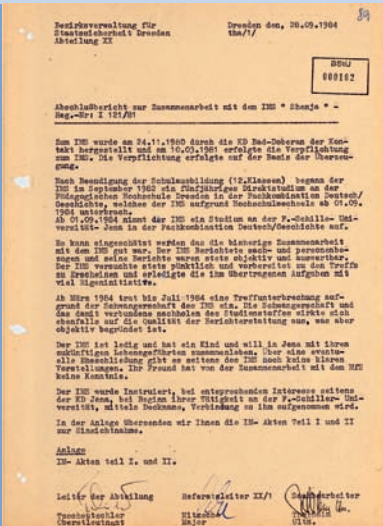
Wenn ideologische Phrasen von selbstbewussten Schülerinnen und Schülern hinterfragt wurden, kamen sie schnell an politische Grenzen, die auch Lehrer selten zu überschreiten wagten. So vermischte sich in der Schule die auflehrende Haltung gegen die Bevormundung mit einer Anpassung an das Bildungssystem, das die Schülerinnen und Schüler nicht beeinflussen konnten, ohne dadurch erhebliche Nachteile für ihren weiteren Lebensweg in Kauf zu nehmen. Christlich orientierte Jugendliche waren grundsätzlich benachteiligt.

DER FALL „SHENJA“

Am Schicksal der 17-jährigen „Shenja“ wird deutlich, wie das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) Jugendliche für seine Ziele einsetzte und so deren Vertrauen missbrauchte.

Die spätere IM-Kandidatin wurde 1974 in ein staatliches Kinderheim eingewiesen. Der Staatssicherheitsdienst wurde aufmerksam, weil die Mutter versucht hatte, das Kind in den Westen nachzuholen. Anfangs wollte „Shenja“ zu ihrer Mutter zurück. Gezielt wurde sie von Erziehern und Lehrern „...gefördert und erzogen, ...ein Kader zu werden, wie ihn unsere Gesellschaft braucht...“, also im Sinne der SED-Ideologie beeinflusst. „Shenja“ unterschrieb als Siebzehnjährige eine Verpflichtungserklärung zur Zusammenarbeit mit dem MfS.

Quelle: Jugendliche Inoffizielle Mitarbeiter (IM). IM „Shenja“. BStU für Schulen, Quellen für die Schule 1, 3. Auflage, BStU, Berlin 2009.



MYTHOS: „IM DDR-SCHULSYSTEM HATTEN ALLE GLEICHE CHANCEN“

LERNZIELE

Mit diesem Roll-Up sollen die Schülerinnen und Schüler:

- zum genannten Mythos differenziert Stellung nehmen (*Grobziel*)
- die Schattenseiten der verordneten Gleichheit und Praxisorientierung in der Schule benennen
- den starken Zwang zur Anpassung an staatliche, z.B. kirchenfeindliche Normen belegen
- die Einflussnahme auf Jugendliche und ihre Verpflichtung durch die Stasi am gegebenen Beispiel aufzeigen
- die verordnete Gleichheit mit dem Blick auf die Ausnahmen beurteilen

ARBEITSAUFTRÄGE

1. Stelle den Fall „Shenja“ dar. Was zeigt er für das Schulsystem auf?
2. Lege dar, wie sich die Gleichheit im Schulsystem der DDR zeigte.
3. Zeige die besonderen Schwerpunkte der Schule in der DDR auf. Welche Ziele steckten dahinter?
4. Begründe, warum die Schule stark auf Anpassung angelegt war.
5. Diskutiert: Was hätte euch an der DDR-Schule gefallen, was nicht?
6. Diskutieren Sie die Aussage: „Ein Schulsystem ist besonders gerecht, wenn alle den völlig gleichen Unterricht erhalten.“

Hinweise zur Vertiefung

- Staat und Gesellschaft
 - Bildung und Erziehung
- Alltag und Leben
 - Organisiertes Alltagsleben und Massenorganisationen
- Religion und Kirche
 - Protestantisch und mündig in der DDR
- Wirtschaft
 - Sozialistische Gesellschaft und Erziehung
- Mythen
 - Geheimdienst
 - Gleichberechtigung der Frau
 - Sozialismus
 - Studium
- Videos und Audios
 - Zeitzeugengespräch mit Bischof Joachim Wanke über Kirche und Religion in der DDR

Mythos: „In der DDR konnte man das Studienfach frei wählen“

Staatliche Lenkung der Universitäten

Das Bildungs- und Hochschulsystem der DDR war auf das Ziel ausgerichtet, eine neue parteiloyale Machtelite aufzubauen. Universitäten und Hochschulen waren keine unabhängigen Einrichtungen, sondern hingen von Ministerien und der Abteilung Wissenschaft und Hochschulwesen im Sekretariat des Zentralkomitees der SED ab. Für alle Fachrichtungen gab es ein verbindliches Grundlagenstudium. Auch die Freie Deutsche Jugend (FDJ) nahm Einfluss auf die Studentenvertretungen. Überfüllte Lehrpläne, zahllose Regularien und die mangelnde Orientierung an wissenschaftlicher Forschung führten immer mehr zu einer Verschulung des Studiums in der DDR.

Schrieb man sich an einer Universität ein, so war man verpflichtet, das Erlernte für den Staat einzusetzen und eine vom Staat zugewiesene Arbeitsstelle anzunehmen. 1967 hieß es auf einer Einladung zur Immatrikulationsfeier in der Berliner Humboldt-Universität:

„Ich verpflichte mich, nach dem Studium unter Einsatz meines ganzen Wissens und Könnens an der Stelle tätig zu sein, wohin mich die Organe unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates gemäß den Erfordernissen des sozialistischen Aufbaus stellen.“



FDJ Studentensommer: Studenten sollten für drei Wochen im Sommer arbeiten, um „die Verbindung zur Arbeiterklasse“ zu fördern.

Staat lenkte das Berufsleben

Auch nach dem Studium bestimmte der Staat, wo die Absolventen eingesetzt werden sollten. Durch die „staatliche Absolventenverordnung“, die den Anforderungen der Wirtschaft folgte, wurde festgelegt, wo man in den ersten drei Jahren nach dem Studium tätig zu sein hatte. Viele Studenten fanden sich dann in Regionen oder in Jobs wieder, die den eigenen Plänen nicht entsprachen.



Studenten nutzten häufig Literatur aus der Sowjetunion.

Politische Auswahlkriterien

Die Studienplatzvergabe richtete sich nach der staatlichen Bedarfsplanung, und die Entscheidung für die Bewerber sollte nach dem Leistungsprinzip erfolgen. Trotzdem war sie häufig politisch motiviert. Es war üblich, dass bei gleichen Leistungen diejenigen den Vorrang erhielten, die als „Arbeiter- und Bauernkinder“ galten. Auch das Ministerium für Staatssicherheit nahm Einfluss auf Zulassungsentscheidungen.

Sonst regierte auch in der DDR der Numerus clausus. Bemerkenswert dabei war, dass die Quote der Studierenden eines Geburtsjahrgangs seit den 1970er Jahren sank und 1989 gerade die Hälfte der entsprechenden Zahlen der Bundesrepublik Deutschland erreichte. Das hatte den Vorteil, dass jeder Abiturient auch studieren konnte, und jeder Akademiker in der Regel auch eine feste Anstellung fand. Vielen jungen Menschen blieb wegen ihrer bürgerlichen Herkunft, ihres christlichen Glaubens oder wegen der begrenzten Zahl der Studienplätze der Weg zu Universitäten und Hochschulen jedoch versperrt.

FALLBEISPIEL

Warum Benjamin Stein nicht studieren durfte
Benjamin Stein wurde 1970 geboren, und nach dem Abitur stand die Musterung auf dem Programm. Stein wurde trotz eines Sehfehlers als tauglich eingestuft und sollte zu den Grenztruppen.

Er weigerte sich, weil er sich nicht in der Lage sah, auf Leute zu schießen, die ihr Land aus verständlichen Gründen verlassen wollten.

Die erste Konsequenz: Benjamin Stein durfte nicht in der DDR studieren und wurde Nachwächter in einem Altenheim. Die Friedliche Revolution 1989 rettete ihn jedoch vor schlimmeren Folgen. Heute lebt Benjamin Stein mit seiner Frau und seinen beiden Kindern in München und arbeitet als Schriftsteller, Journalist und Publizist.

„Es gab für jemanden wie mich, also mit vielen Talenten, Begabungen, Energie usw., keine Zukunft in diesem Land.“

Benjamin Stein in einem Radio-Interview mit Bayern 2 vom 10.06.2010



Bild: Wikimedia, Jens Christian Richter

MYTHOS: „IN DER DDR KONNTE MAN DAS STUDIENFACH FREI WÄHLEN“

LERNZIELE

- Mit diesem Roll-Up sollen die Schülerinnen und Schüler:
- zum genannten Mythos differenziert Stellung nehmen (*Grobziel*)
 - die starke ideologische Einflussnahme des Staates auf die Hochschulen belegen
 - die Kriterien der Studienplatzvergabe und -beschränkung auf die politischen Ziele des SED-Staates zurückführen
 - die Rolle der wirtschaftlichen Plananforderungen für die Studienzulassung und Lenkung der Absolventen in Arbeitsplätze aufzeigen

ARBEITSAUFTRÄGE

1. Beschreibe den Fall Benjamin Stein. Warum sah er für sich keine Zukunft?
2. Analysiere, wie der Staat das Studium in der DDR regulierte.
3. Begründe, warum das Leistungsprinzip vielfach durchbrochen und der Freiraum der Studierenden eingeschränkt wurde.
4. Vergleiche die Lage der Studenten und Hochschulabsolventen in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland.
5. Diskutieren Sie die Aussage: „Wenn jeder studieren darf, was er will, führt das zu größerer Arbeitslosigkeit. Der Staat sollte früh regulieren.“

Hinweise zur Vertiefung

- Staat und Gesellschaft
 - *Bildung und Erziehung*
- Alltag und Leben
 - *Organisiertes Alltagsleben und Massenorganisationen*
- Widerstand, Opposition und Flucht
 - *Studentischer Jugendwiderstand*
- Wirtschaft
 - *Sozialistische Gesellschaft und Erziehung*
- Mythen
 - *Geheimdienst*
 - *Religionsfreiheit*
 - *Sozialismus*
 - *Studium*

Mythos: „Die Wehrpflicht in der NVA diente allein der Ausbildung von Soldaten“

Militarismus allgegenwärtig

Zur Absicherung der SED-Macht nach außen und innen wurde in den 1950er Jahren die Nationale Volksarmee (NVA) aufgebaut, deren „Dienst für den Frieden“ bereits Kinderlieder verherrlichten. Außer in der NVA konnte die Wehrpflicht auch bei der Bereitschaftspolizei, beim Wachregiment des MfS „Felix E. Dzierzynski“ oder bei den Grenztruppen abgeleistet werden. Der Grundwehrdienst dauerte 18 Monate. Wehrdienstverweigerer wurden mit harten Strafen belegt.



Plakat der Nationalen Volksarmee.

Sicherung der Grenze mit Waffengewalt

Die Grenztruppen bewachten vorwiegend die innerdeutsche Grenze und sollten Ausreisewillige an der „Republikflucht“ hindern, auch mit Waffengewalt. Die Soldaten an der Grenze wurden sorgfältig ausgewählt und galten als ideologisch zuverlässig. Im schlimmsten Fall mussten sie auf die eigenen Mitbürger schießen, die versuchten, über die Grenze zu fliehen.

Die DDR-Grenztruppen hatten die höchste Durchdringung mit inoffiziellen Mitarbeitern (IM) aller DDR-Institutionen, das Verhältnis lag nahezu bei eins zu fünf. Die Offiziere der NVA waren grundsätzlich SED-Mitglieder und unterlagen der ständigen Überwachung durch die Stasi.

Eine 8. Klasse wird von einem Grenztruppen-Angehörigen unterrichtet.



Berlin: Junge Pioniere in Miniaturpanzern bei einer Parade.

Zivildienst war nicht möglich

Einen zivilen Ersatzdienst im eigentlichen Sinne gab es nicht, sondern lediglich die Möglichkeit, als sogenannter Bausoldat einen Militärdienst ohne Waffe zu leisten. Während der Dienstzeit und auch danach mussten Bausoldaten mit Schikanen rechnen und Nachteile für die spätere Karriere in Kauf nehmen. Beispielsweise konnte es dazu führen, dass man keinen Studienplatz bekam. Aus den Reihen ehemaliger Bausoldaten stammten wichtige Akteure der Opposition gegen das SED-Regime, etwa der Pfarrer Rainer Eppelmann.

Die militärische Prägung der Gesellschaft zeigte sich nicht nur in der Wehrpflicht, die vor allem als Instrument zur ideologischen Disziplinierung der jungen Männer im Sinne des SED-Staates genutzt wurde; außer den regulären Streitkräften gab es auch paramilitärische Einheiten wie die so genannten Betriebskampfgruppen, die ebenfalls als Teil der Landesverteidigung galten.

WEHRUNTERRICHT IN DER DDR

Die Wehrerziehung begann schon im Kindergarten, wo der Besuch von Kasernen vorgesehen war. Ab 1978 mussten alle Mädchen und Jungen der 9. und 10. Klasse am Wehrunterricht teilnehmen; eine Freistellung war nicht möglich.

Wehrlager für Jungen (9. Klasse)

- 12 Ausbildungstage zu je 8 Stunden
- Schüler trugen Uniform
- Training im Handgranatenwurf
- Bewegen und Orientieren im Gelände
- Übungen mit Gasmasken
- Ausdauerläufe
- Schießen mit Luftgewehren oder Kleinkaliber-Maschinenpistolen
- militärtheoretischer Unterricht

Lehrgang für Zivilverteidigung für Mädchen

- Erste Hilfe
- Evakuierungsmaßnahmen
- 12 Ausbildungstage zu je 6 Stunden
- auch Jungen, die nicht ins Wehrlager fuhren, nahmen teil (nur absolut unwillige und kritische Schüler wurden vom Wehrlager ausgeschlossen)

MYTHOS: „DIE WEHRPFLICHT IN DER NVA DIENTE ALLEIN DER AUSBILDUNG VON SOLDATEN“

LERNZIELE

Mit diesem Roll-Up sollen die Schülerinnen und Schüler:

- zum genannten Mythos differenziert Stellung nehmen (*Grobziel*)
- die allgegenwärtige Bedeutung militärischer Normen über die NVA hinaus an Beispielen aus der DDR belegen (Kinderlieder, Schule, Betriebskampfgruppen)
- das Verbot der Kriegsdienstverweigerung wiedergeben und die Stellung der Bausoldaten einschätzen
- die Sonderstellung der DDR-Grenztruppen herausarbeiten und begründen
- die Wertschätzung des Militärs in der DDR und ihre Ursachen reflektieren

ARBEITSAUFTRÄGE

1. Analysiert die drei Fotos: Wie stellte sich das Militär in der DDR dar?
2. Gib die Regeln der Wehrpflicht in der Nationalen Volksarmee wieder.
3. Begründe, warum militärische Inhalte und Formen auch in der Erziehung und in den Betrieben zu finden waren.
4. Diskutiert die Rolle der Grenztruppen für die DDR.
5. Diskutieren Sie die Ursachen für die hohe Militarisierung der DDR.

Hinweise zur Vertiefung

- Staat und Gesellschaft
 - Nationale Volksarmee und Grenztruppen
 - Militarismus im Alltag
 - Bildung und Erziehung
- Religion und Kirche
 - Andere: Die Zeugen Jehovas
- Mythen
 - Friedensstaat
- Videos und Audios
 - Militärausbildung und Jugenderziehung in der DDR



Jugend und Kultur in der DDR

Kinder und Jugendliche in der DDR sollten in der Schule zu einem sozialistischen Typus eines „neuen Menschen“ erzogen werden, der in der Arbeit und in kollektiver Freizeitgestaltung seine Erfüllung findet. Außerdem versuchte das SED-Regime, durch die frühzeitige Eingliederung der jungen Menschen in Massenorganisationen, wie die Thälmannpioniere und die Freie Deutsche Jugend (FDJ), einen Teil der Freizeit der Kinder und Jugendlichen unter Kontrolle der Partei zu bekommen und für eine systematische ideologische Beeinflussung zu nutzen.



Das DDR-Fernsehen wurde zensiert und kontrolliert, viele DDR-Bürger schauten deshalb Westfernsehen.

Literatur, Film und Theater erfüllten seit 1971 zugleich eine kontrollierte Ventilfunktion. Mit Erich Honeckers leicht gelockertem kulturpolitischen Kurs der „Weite und Vielfalt“ wurde offiziell Detailkritik zugelassen, jedoch keine grundsätzliche. Seitdem entstand in der DDR eine Kunst und Literatur, aus der manche Werke Kultstatus erlangten. Dabei waren sich die Menschen der Tatsache bewusst, dass jedes Buch, jede Inszenierung, jeder Film eine Zensur durchlaufen hatte. Nicht zufällig avancierte das abendliche „Westfernsehen“ zu der beliebtesten Freizeitbeschäftigung der DDR-Bürger, weil auf diese Weise durch das SED-Regime nicht zensierte Informationen gewonnen werden konnten.

Protestkultur führte zur Friedlichen Revolution

Nach der am 16. November 1976 erfolgten Zwangsausbürgerung des Musikers und Lyrikers Wolf Biermann etablierte sich in der DDR eine neue, Bevölkerungsgruppen übergreifende Oppositionsbewegung, die in den folgenden Jahren rasant anwuchs. Die Ziele der Oppositionsgruppen waren sehr unterschiedlich, viele organisierten sich unter dem Schutz der Kirchen in der DDR. Für die Friedliche Revolution im Herbst 1989, das Ende des SED-Regimes und die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands war diese Entwicklung von großer Bedeutung.



Der Liedermacher Wolf Biermann (links) gibt bei einer Pressekonferenz eine Stellungnahme zu seiner Ausbürgerung aus der DDR ab. Rechts neben Biermann sitzen der Schriftsteller Heinrich Böll und der Journalist Günter Wallraff.



X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten 1973.

Mit den X. Weltfestspielen der Jugend und Studenten 1973 in Ost-Berlin wollte die DDR-Führung ihre angebliche Weltoffenheit demonstrieren. In Wirklichkeit verfeinerte sie lediglich die Unterdrückungsmechanismen, um sie nach außen hin weniger sichtbar werden zu lassen. Gerade in Vorbereitung des Jugendfestivals wurden tausende nichtangepasste Jugendliche verhaftet und in Heime der Jugendhilfe oder in psychiatrische Einrichtungen eingewiesen bzw. mit Aufenthaltsbeschränkungen belegt.

Zensur bestimmend

Aktive Freizeit in der Familie war fast nur an freien Tagen möglich, sonst waren die meisten DDR-Bürger vom Aufstehen bis zum Schlafen gehen eingespannt. Sämtliche Bereiche des kulturellen Lebens wurden durch die SED kontrolliert und überwacht. Bis zum Bau der Mauer am 13. August 1961 hatten deshalb viele freiheitlich gesinnte Intellektuelle und Künstler die DDR bereits verlassen.



November 1989: Friedliche Revolution in Berlin.

AUSBÜRGERUNG WOLF BIERMANN'S

Eine der größten Krisen der DDR verursachte die Ausbürgerung des Liedermachers Wolf Biermann im November 1976 nach einem Konzert in Köln. Die SED-Regierung entzog ihm die Staatsbürgerschaft und verweigerte eine Wiedereinreise. Über 100 DDR-Künstler unterschrieben eine Protestnote. Doch die Partei blieb bei ihrem Kurs und schloss die Protestierenden aus dem Schriftstellerverband aus oder belegte Künstler wegen ihrer Beteiligung an dem Protest mit einem Berufsverbot. Viele Künstler verließen aufgrund dieser Politik der SED die DDR, etwa die Dichterin Sarah Kirsch, der Schriftsteller Jurek Becker oder der Schauspieler Manfred Krug.

V JUGEND UND KULTUR IN DER DDR

ROLL-UP NR. 17-19

LERNZIELE

- Mit diesem Roll-Up sollen die Schülerinnen und Schüler:
- die Umsetzung der Erziehung zu „neuen Menschen“ in der ideologisch geprägten Jugend und Kulturpolitik und das oppositionelle Umgehen darlegen (*Grobziel*)
 - die Ansprüche der Jugendpolitik mit der wirklichen Umsetzung am Beispiel der X. Weltjugendfestspiele 1973 vergleichen
 - die „kontrollierte Ventilfunktion“ von Literatur, Film und Theater für die DDR an Beispielen erläutern
 - die Initialfunktion des Falles Biermann für die Entstehung einer Oppositionsbewegung analysieren

ARBEITSAUFTRÄGE

1. Gebt den Verlauf des „Falls Biermann“ wieder. Was wirkte daran besonders nachhaltig?
2. Beschreibe, wie der „neue Mensch“ in der DDR werden sollte.
3. Nennt die Erwartungen an die X. Weltjugendfestspiele 1973. In welchem Maße realisierten sie sich?
4. Begründe die Rolle der Zensur für die Kulturpolitik der DDR.
5. Erklärt, warum manche Werke der Kunst und Literatur „Kultstatus“ in der DDR bekamen. Findet ein Beispiel.
6. Erörtern Sie die Rolle von Kunst und Literatur für die Entstehung der Opposition der 1980er Jahre.

Hinweise zur Vertiefung

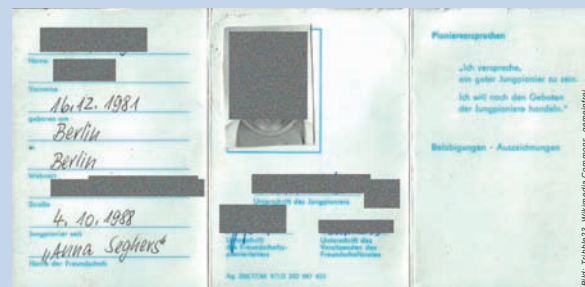
- Staat und Gesellschaft
 - Medien
 - Bildung und Erziehung
- Alltag und Leben
 - Freizeit, Kultur, Sport und Reisen
- Widerstand, Opposition und Flucht
 - Dissidenten und Bürgerrechtler
- Mythen
 - Demokratischer Staat

Mythos: „Der Staat nahm kaum Einfluss auf die Freizeit-Gestaltung Jugendlicher“

Massenorganisationen wie die Jungen Pioniere und die Freie Deutsche Jugend (FDJ) sollten in der DDR möglichst große Teile der Bevölkerung beeinflussen, sie kontrollieren und damit in das gesellschaftliche System der DDR integrieren. Fast jeder DDR-Bürger gehörte einer solchen Organisation an, meist bereits seit seiner Kindheit. 1985 waren rund 80 Prozent der Jugendlichen zwischen 14 und 25 Jahren in der FDJ. Die Mitgliedschaft war zwar freiwillig, Nichtmitglieder mussten allerdings mit Nachteilen rechnen, etwa mit Schwierigkeiten bei der Zulassung für eine weiterführende Schule.

Pionierorganisation „Ernst Thälmann“

Die Pionierorganisation „Ernst Thälmann“ war die politische Massenorganisation für Kinder in der DDR. Seit den 1960er/1970er Jahren gehörten ihr fast alle Schülerinnen und Schüler an. An Pioniernachmittagen und sozialistischen Feiertagen wurde ein einheitliches Halstuch getragen, Diskussionen über kritische Themen wie Reise-, Meinungs- und Pressefreiheit fanden nicht statt.



Mitgliedskarte
für Jungpioniere
der DDR, 1988,
Innenseite.

Briefmarke
Pioniere beim
Flugmodellbau

SYMBOLE DER PIONIERORGANISATION „ERNST THÄLMANN“

Jungpioniere trugen ein blaues, Thälmannpioniere ein rotes Halstuch. Der Pioniergruß lautete: „Für Frieden und Sozialismus – seid bereit! – Immer bereit!“ Zur Ausführung des Grusses erhoben die Kinder ihre rechte Hand mit den geschlossenen Fingern über den Kopf. Das Pionierabzeichen bestand aus den Buchstaben JP (Junge Pioniere), drei lodernden Flammen und der Inschrift „Seid bereit“.

Die Pionierkleidung bestand aus einer weißen Bluse und dem dunklen Rock für Mädchen; aus einem weißen Hemd und dunkler Hose für Jungen, dem Pionierhalstuch und dem dunkelblauen Käppi mit dem Pionierabzeichen. Diese Kleidung trugen die Kinder bei Pionierveranstaltungen, an Fest- und Feiertagen der DDR und zu besonderen Anlässen (s. Bild oben rechts). Das bekannteste FDJ-Symbol war das blaue Hemd bzw. die blaue Bluse mit einem Sonnenemblem auf dem linken Ärmel.



Thälmannpioniere beim Gruß vor einem Denkmal in Halle

Freie Deutsche Jugend (FDJ)

Ab dem 14. Lebensjahr erfolgte die Aufnahme in die FDJ. Die FDJ war die einzige staatlich zugelassene und unterstützte Jugendorganisation der DDR. Sie beherrschte das Leben aller Jugendlichen im großen Maße, war sie doch der wichtigste Kultur-, Freizeit- und Ferienveranstalter für Jugendliche in der DDR. „Schädliche“ Einflüsse des Westens auf die Jugend der DDR sollten verhindert und bekämpft werden.

Die Aufgabe der FDJ bestand darin, der Jugend die marxistisch-leninistische Weltanschauung nahezubringen und die jungen Menschen zu „klassenbewussten Sozialisten“ zu erziehen. Internationale Ziele waren die „Vertiefung der Freundschaft“ zur Sowjetunion. So waren Mitglieder der FDJ auch am Bau einer Erdgasleitung und einer Eisenbahnstrecke in der Sowjetunion beteiligt. Ein weiteres Ziel der FDJ war die Zurückdrängung kirchlicher Jugendorganisationen, die schon 1946 beklagten, dass „die Freie Deutsche Jugend in weiten Kreisen trotz aller betonten Freiwilligkeit [...] eine Zwangsjugend beziehungsweise Staatsjugend in neuer Aufmachung“ sei.

Quelle: Erklärung der kirchlichen Vertreter zu den Verhandlungen über die Freie Deutsche Jugend vom 26. Februar 1946, in: Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan: Blaue Hemden – Rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996.

Freizeitgestaltung durch die FDJ

Auch die Freizeitgestaltung wurde durch die FDJ gelenkt. In Form von Ferienlagern, Ernteeinsätzen und Wanderfahrten sowie durch Reiseangebote des FDJ-Reisebüros „Jugendtourist“ nahm die FDJ besonders Einfluss auf die Gestaltung der Ferien im Sommer. Außerdem leitete die FDJ die Pionierorganisation „Ernst Thälmann“, in der Arbeitsgemeinschaften und Pionierlager organisiert werden mussten.



MYTHOS: „DER STAAT NAHM KAUM EINFLUSS AUF
DIE FREIZEIT-GESTALTUNG JUGENDLICHER“

LERNZIELE

Mit diesem Roll-Up sollen die Schülerinnen und Schüler:

- zum genannten Mythos differenziert Stellung nehmen (*Grobziel*)
- zentrale Merkmale der Thälmann-Pioniere und FDJ und ihre Erziehungsziele wiedergeben
- die Bedeutung der DDR-Massenorganisationen für Kinder und Jugendliche erklären
- die umfassende Lenkung der Heranwachsenden bis in die Freizeit und Ferien durch den Staat begründen

ARBEITSAUFTRÄGE

1. Beschreibt das Foto und die Briefmarke. Welchen Eindruck vermitteln sie über die „Pioniere“?
2. Gib den normalen Weg eines Heranwachsenden in der DDR wieder.
3. Klärt die Rolle der Massenorganisationen „Junge Pioniere“ und „Freie Deutsche Jugend“ für die Heranwachsenden.
4. Diskutiert: War die staatliche Jugendpolitik in der Lage, die Kinder und Jugendlichen für den SED-Staat zu gewinnen?
5. Erörtern Sie die Aussage: Im Rückblick auf die erlebte Jugendzeit wird an der DDR manches schöner, als es vorher erlebt worden ist.

Hinweise zur Vertiefung

- Staat und Gesellschaft
 - *Medien*
 - *Bildung und Erziehung*
 - *Neonazis in der DDR*
- Alltag und Leben
 - *Organisiertes Alltagsleben und Massenorganisationen*
 - *Freizeit, Kultur, Sport und Reisen*
- Widerstand, Opposition und Flucht
 - *Studentischer Jugendwiderstand*
 - *Dissidenten und Bürgerrechtler*
- Mythen
 - *Drogenproblem*
 - *Studium*
- Videos und Audios
 - *Zeitzeugengespräch mit Dr. Thomas A. Seidel zur Willkür der DDR gegenüber kritischen Heranwachsenden.*

Mythos: „Die kreative Entfaltung wurde nicht behindert“

Auftritte unterlagen der Zensur

Auch das Show- und Musikgeschäft war von der Kontrolle der DDR-Regierung betroffen. So mussten Bands ihre Songtexte dem Staat vorlegen, bevor sie veröffentlicht werden durften. Unterhaltungsshows wurden im Vorfeld der Veranstaltung abgenommen und Auftritte zum Teil sogar beobachtet. Von dieser Kontrolle durch den Staatsapparat waren auch Künstler und Bands nicht ausgenommen, die über gute Kontakte zu SED-Funktionären verfügten. Viele Künstler entwickelten aus diesem Grund Strategien, damit kritische Texte trotz Zensur ans Publikum gelangen konnten.

Der Unterhaltungsmoderator Heinz Quermann baute beispielsweise absichtlich einen extremen Witz in sein Programm ein, damit die Zensoren etwas zum Streichen hatten. Er erhoffte sich davon, dass die übrigen Gags dadurch weniger kritisch beobachtet wurden. Auch in der Unterhaltungsmusik schuggelten Künstler zwischen den Zeilen Kritisches an der Zensur vorbei, wie beispielsweise in dem bekannten Lied „Am Fenster“ von City.



Unterhaltungsmoderator Heinz Quermann (links).



Musik in der DDR:
Einen DJ nannte man
„Schallplattenunterhalter“, eine Disko
war ein „Jugendklub“.

Die Beatles: in der DDR verboten

In den 1960er Jahren begann die Zeit der Beatles, die weltweit zur erfolgreichsten Band aufstiegen. Die britische Rockband beeinflusste auch die Jugend in der DDR, und ihre Musik wurde anfangs sogar geduldet. Auch die Freie Deutsche Jugend (FDJ) unterstützte die Band. Viele Jugendliche ließen sich lange Haare wachsen und gründeten eigene Bands.

Die SED stellte jedoch schnell fest, dass die auf den Westen ausgerichtete Bewegung nicht mehr für sie kontrollierbar war. Die meisten Bands wurden deshalb einfach verboten. Als Rockfans dagegen protestierten, kam es zu Massenverhaftungen. In Schulen flogen Langhaarige aus dem Unterricht oder mussten sich als „Gammler“ oder „Penner“ beschimpfen lassen.

„Ich bin der Meinung, Genossen, mit der Monotonie des Yeah, yeah, yeah und wie das alles heißt, sollte man doch Schluss machen!“

Walter Ulbricht am 18. Dezember 1965 auf dem 11. Plenum des Zentralkomitees der SED.



Silvester in einem Berliner Jugendklub.

„Die Partei, die Partei, die hat immer Recht“

Schon kurz nach Gründung der DDR wurden in Betrieben, Ministerien, NVA-Einheiten usw. Chöre eingeführt, die Lieder mit politischen Texten aufführen sollten. Auch für die Jungen Pioniere und die FDJ gehörten die Propaganda-Lieder zur organisierten Freizeitgestaltung. Zu den bekanntesten Liedern gehörte das „Lied der Partei“, das als Lobeshymne für die SED genutzt wurde. Der einprägsamste Vers: „Die Partei, die Partei, die hat immer recht.“

JUGENDKLUBS UND SCHALLPLATTENUNTERHALTER

Diskotheeken gab es in der DDR nur unter dem Namen „Jugendklub“. Um sich von der amerikanischen Schreib- und Lebensweise abzugrenzen, wurde Jugendklub mit „k“ geschrieben. Aus diesem Grund gab es auch keine Diskjockeys, sondern „Schallplattenunterhalter“. Auch für sie gab es strenge Regeln, denn nicht jede Platte durfte aufgelegt werden und zudem mussten mindestens 60 Prozent Osttitel gespielt werden. Anfang der 1970er Jahre entstanden die meisten dieser Klubs, die fest in FDJ-Hand waren. Später wurden sie trotz der FDJ-Vorherrschaft auch zu Treffpunkten von Gegnern der SED-Staatsmacht.

MYTHOS: „DIE KREATIVE ENTFALTUNG WURDE NICHT BEHINDERT“

LERNZIELE

Mit diesem Roll-Up sollen die Schülerinnen und Schüler:

- zum genannten Mythos differenziert Stellung nehmen (*Grobziel*)
- einige Beispiele für staatliche Lenkung des Show- und Musikgeschäfts in der DDR anführen
- die Abwehr westlicher Musikstile (Rockmusik) aus den Kontrollzwängen des Staates begründen
- die ideologische Funktion von Propagandaliedern in der Erziehung und im Alltag an Beispielen aufzeigen
- den Grad staatlich gewährter Freiheit von Heranwachsenden in der DDR zusammenfassend einschätzen

ARBEITSAUFTRÄGE

1. Klärt, warum die DDR-Führung etwas gegen Bezeichnungen wie „Disothek“ hatte.
2. Beschreibe, in welcher Weise der SED-Staat den Show- und Musikbetrieb kontrollierte.
3. Begründe das Misstrauen der DDR-Führung gegen die Rockmusik.
4. Entwerft eine Szene: Ein FDJ-Funktionär versucht Jugendliche gegen die westliche Musik einzustellen.
5. Zeige am Beispiel der Propagandalieder die Ziele der staatlichen Musiklenkung auf.
6. Beurteile den langfristigen Erfolg der Kontrollmaßnahmen im Musikbereich.
7. Erörtern Sie die Funktion von Literatur und Kunst für politische Bewegungen wie die Opposition in der DDR.

Hinweise zur Vertiefung

- Staat und Gesellschaft
 - Bildung und Erziehung
 - Medien
- Alltag und Leben
 - Organisiertes Alltagsleben und Massenorganisationen
 - Freizeit, Kultur, Sport und Reisen
- Mythen
 - Neonazis

DER AUTOR

Ulrich Bongertmann
Landesfachreferent in Mecklenburg-Vorpommern und Studienleiter für
Geschichte in Rostock, Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands des
Verbands der Geschichtslehrer Deutschlands e.V.

ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

Interessieren Sie sich für die Wanderausstellung?
 Weitere Informationen gibt Ihnen Dr. Klaus Jochen Arnold.

Dr. Klaus Jochen Arnold
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
Bildungswerk Hannover der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Leinstr. 8
30159 Hannover
Telefon: +49(0)-511-4008098-15
E-Mail: jochen.arnold@kas.de

Dr. Melanie Piepenschneider
Leiterin Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Bildungszentrum Schloss Eichholz
Urfelder Str. 223
50389 Wesseling
Telefon: +49(0)-2236-707-4212
E-Mail: melanie.piepenschneider@kas.de

PUBLIKATIONSREIHE „HANDREICHUNGEN ZUR POLITISCHEN BILDUNG“

In der Publikationsreihe „Handreichungen zur Politischen Bildung“ sind bisher erschienen:

- **Band 1:**
Die Christlich-Demokratische Union. Grundüberzeugungen,
Geschichte, Organisation
Erstellt von J. Christian Koecke und Michael Sieben
2., überarbeitete und erweiterte Auflage
Wesseling, März 2010
ISBN 978-3-941904-42-2
- **Band 2:**
Katrin Grüber: Zusammen leben ohne Barrieren. Die Umsetzung der UN-Konvention
für die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Kommunen
Wesseling, April 2010
ISBN 978-3-941904-18-7
- **Band 3:**
Klaus J. Engelen: Die energiepolitische Zukunft der Europäischen Union.
Zwei Planspiele zur Arbeitsweise der EU (Ringbuchordner)
Wesseling, April 2010
- **Band 4:**
Ondrej Kalina: erfolgreich.politisch.bilden.
Faktensammlung zum Stand der politischen Bildung in Deutschland
Wesseling, Juli 2010
ISBN 978-3-941904-54-5
- **Band 5:**
Melanie Piepenschneider, Klaus Jochen Arnold (Hrsg.):
Was bedeutet uns der 20. Juli 1944?
Wesseling, März 2011
ISBN 978-3-941904-96-5